

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich zweimal am Dienstag u. Freitag.
Abonnementpreis, mit der Beilage:
Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg.,
vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier
Zustellung ins Haus monatlich
5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,35 Mk.
Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gepal-
tene Zeitspaltel oder deren Raum
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der Freien
Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beleg-
exemplar kostet 10 Pfg. Sprech-
stunden der Redaktion an allen
Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 12.

Danzig, den 11. Februar 1914.

5. Jahrgang.

Prinzipienpolitik.

Von Franz Mehring.

Je verworrener sich die Zustände der Gegenwart gestalten, um so notwendiger wird es für eine Arbeiterpartei, grundsätzliche Politik zu treiben. Indem sie sich auf den ehernen Grund ihrer Prinzipien zurückzieht, schreitet sie schneller vorwärts, als auf jedem anderen Wege.

Diese Ansicht ist freilich nicht unangefochten geblieben, nicht einmal in den eigenen Reihen, geschweige bei den Gegnern. Man sagt wohl, das Prinzip hochhalten könne jeder, der nichts gelernt habe, dazu gehöre gar nichts. Erst in der praktischen Politik erprobe sich der Mann oder die Partei.

Für den sogenannten gesunden Menschenverstand erscheint dieser Einwand ungemein einleuchtend. Nichts ist leichter, als eine Formel auswendig zu lernen, an ihr die ungemene Vielgestaltigkeit des Lebens zu messen, überall Nein zu sagen, wo sich Ding und Wort nicht decken und sich dabei im Ruhm eines unerschütterlichen Charakters zu sonnen. Im Vergleich ist es schon eine wahre Herkulesarbeit, das geringste Gesetz auszuarbeiten, das auch nur den kleinsten geschichtlichen Fortschritt verbrieft. Wie kann man also der Arbeiterklasse eine Prinzipienpolitik als ihr Ein und Alles empfehlen?

Die Mißverständnisse, die dabei unterlaufen, werden sofort klar, wenn man sie in das Licht einer Episode aus der preußisch-deutschen Geschichte stellt. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts galt Johann Jacoby als das Muster eines Prinzipienpolitikers. Er blieb fest, als nach dem Jahre 1866 die große Fahnenflucht der liberalen Parteien begann; unerschütterlich wie eine Mauer stand er gegenüber Bismarcks Blut- und Eisenpolitik; gemessen am Prinzip der Freiheit, taugten die neuen Zustände gar nicht, und wenn Jacoby ihnen im preußischen Abgeordnetenhaus sein klares und rundes Nein entgegensetzte, so umwitterte ihn ein Hauch von der Würde eines Propheten, die selbst den preußischen Junkern ein achtungsvolles Schweigen abnötigte.

Nun aber kamen seine ehemaligen Parteigenossen, die ins Lager der Regierung überlaufen waren und sagten ihm: Ja, das ist so weit recht gut und schön, und Bismarck hat ohne Zweifel großes Unrecht getan, aber deshalb kann doch die Welt nicht stillstehen und können wir nicht alle zu Säulenheiligen werden; das Prinzip hochhalten kann jeder, aber es ist eine viel schwerere Kunst, sich in die böse Zeit zu schicken und herauszuholen, was sich irgend herauszuholen läßt. Wenn die nationalliberalen Windfahnen also sprachen, so konnten sie sich allerdings darauf berufen, daß sie in dem Jahrzehnt nach 1866 einiges verfallene Gemäuer vom deutschen Boden gefegt haben, daß ihre Arbeit an der Gewerbeordnung, die bei aller Unvollkommenheit ein geschichtlicher Fortschritt war, mehr bedeutete, als Johann Jacobys ewiges Nein. Und dennoch sind diese liberalen Ueberläufer mit ihrer praktischen Politik tiefer in den Sumpf geraten, als vielleicht jemals eine politische Partei.

Den Widerspruch, der darin lag, wußte aber damals schon die Arbeiterpartei zu lösen. Noch blutjung war sie sich in ihrem dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt. Als Jacoby, gänzlich vereinsamt im bürgerlichen Lager, zu ihr übergegangen war, wählten ihn die sozialdemokratischen Wähler von Leipzig-Land in den Reichstag, worauf er, kaum gewählt, sein Mandat niederlegte, weil der Reichstag auf Gewalt und Unrecht beruhe und in ihm zu sitzen eine Prinzipienwidrigkeit sei. Da aber erklärten ihm seine Wähler lachend: Prinzipienwidrigkeit hin, Prinzipienwidrigkeit her wir wollen praktisch mittun, und so gingen sie unverbrossen daran, einen andern Mann zu wählen.

Man sieht daraus: Prinzipienpolitik und Prinzipienpolitik können ganz verschiedene Dinge sein. Die eine, wie sie Johann Jacoby trieb, beruht darauf, daß ihr Bekenner die Welt nicht oder nicht mehr verstehen, daß sie sich an dem Strohalm einer Formel auf dem brausenden Strome der Zeit oben zu halten suchen. Diese Prinzipienpolitik ist die Sache von Politikern oder Parteien, die von der geschichtlichen Entwicklung überholt worden sind. Jene andere Prinzipienpolitik, wie sie schon die junge Sozialdemokratie gegenüber Johann Jacoby geltend machte, beruht gerade umgekehrt auf dem eindringenden, auf dem wirklichen Verständnis der historischen Welt. Ihr Prinzip ist keine starre Formel, sondern der wechselnden Lebens geleitet; es ist das klar erkannte Ziel, das über den tausend verwirrenden Erscheinungen des Tages niemals aus den Augen verloren werden darf. Und es ist ohne weiteres klar, daß wenn jene erste Art der Prinzipienpolitik allerdings keine besondere geistigen Fähigkeiten, ja geradezu eine gewisse Beschränktheit des Geistes voraussetzt, diese zweite Art das denkbar höchste Maß von Intelligenz erheischt, wie es ihre klassischen Vertreter, wie es Marx, Engels und Lassalle auch besaßen haben.

Es ist aber auch weiter klar, daß die Prinzipienpolitik, wie wir sie verstehen, unendlich hoch über der praktischen Politik steht,

wie sie von den bürgerlichen Geschäftspolitikern vertreten wird. Gewiß dürfen diese Biedermänner nicht allzu beschränkt sein, denn sonst könnten sie von der Konkurrenz allzu leicht über das Ohr gehauen werden. Aber über eine gewisse Verliebtheit und Pfliffigkeit dürfen sie auch nicht hinausgehen, denn sonst werden sie zu weitläufig für den handgreiflichen Schacher, der das Wesen dieser praktischen Politik ausmacht. Alles in allem: zum Hochhalten des Prinzips gehört schon etwas; man muß dazu manches gelernt haben, was man gut und gern entbehren kann, wenn man sich auf dem Pferdemarkt versucht, sei es mit Glück oder Unglück.

Das Prinzip der Arbeiterklasse ist keine leere Formel, die irgend ein großer oder kleiner Denker aus seinem Hirn gesponnen hat. Es ist vielmehr aus dem geschichtlichen Leben geschöpft, ein Ziel, auf das die ganze geschichtliche Entwicklung mit unüberwindlicher Gewalt hindrängt: die Befreiung ihrer Klasse aus der Lohnsklaverei, und damit aus allen geistigen, politischen, sozialen Fesseln. Es gibt keine verhängnisvollere Selbsttäuschung des Proletariats, als diesen Leitstern jemals aus den Augen zu verlieren, weil abseits vom Wege, den es weist, diese oder jene kleine Vorteile zu winken scheinen; wo immer solche Selbsttäuschung die Oberhand gewonnen hat, ist schweres Lehergeld gezahlt worden.

Gewaltiger denn je erscheint heute die Macht der herrschenden und ausbeutenden Klassen, aber je drohender sie uns entgegentritt, um so kühner müssen wir ihr begegnen. Diese Klassen spotten derer, die sich mit ihnen zu einigen suchen, denn darin sehen sie nur ein Geständnis der Schwäche, das sie um so trotziger macht. Sie geben nicht nach, bis sie — schon der alte friedliche F. A. Lange hat es gesagt — den Kampf auf Leben und Tod geschmeckt haben, und diesen Kampf kann die Arbeiterklasse nur führen kraft ihres Prinzips.

Halb Preußen unter dem Existenzminimum!

Lehrreiche Zahlen der Steuerstatistik.

Nach der dem Landtag zugegangenen Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1913 hat sich im Berichtsjahre die Zahl der Jeniten (physische und nichtphysische Personen) gegen das Vorjahr um 413 097 auf 7 329 992, die Gesamtsumme der veranlagten Steuern um 28 257 747 Mark auf 405 743 109 Mark gehoben. Auf die nichtphysischen Personen (Erwerbsgesellschaften) entfallen von der Gesamtsumme 57,55, auf die physischen Personen 348,18 Millionen Mark. Von dieser Gesamtsumme kommen allein 258,66 Millionen Mark auf die städtische Bevölkerung, die außerdem von der Besteuerung der nicht physischen Personen 47,8 Millionen Mark aufzubringen hat. Die Landgemeinden und Gutsbezirke mit unter 2000 Einwohnern bringen nicht einmal 52 Millionen Mark Steuern auf, d. h. nicht einmal 13 Prozent, der insgesamt veranlagten Gesamtsumme und doch dominieren dank dem Dreiklassenwahlrecht im Landtage gerade die Vertreter dieser Landgemeinden und großagrarischen Gutsbezirke. Die nach der Steuergefehnovelle vom 26. Mai 1909 von den Einkommen über 1200 Mark jährlich erhobenen Zuschläge, gegen deren Weitererhebung nun wieder vergeblich im Landtag protestiert wurde, brachten über 57,17 Millionen Mark ein.

Von den Einzelsteuervernden und Haushaltungsvorständen wurden wegen zu geringen Einkommens (nicht über 900 Mark jährlich) von der Steuer befreit:

	1912	1913
Personen oder vom Hundert der Zivilbevölkerung	8 158 925	8 086 473
Einzelsteuervernden und Haushaltungsvorstände	20,3	19,8
	52,0	50,5

Es ist also eine kleine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der breiten Volksmassen eingetreten. Aber sie wird mehr als weit gemacht durch den Umstand, daß infolge der großen Verteuerung der Lebenshaltung ein Einkommen von 900 Mark längst nicht mehr als ein einigermaßen akzeptables Existenzminimum angesehen werden kann. Seit diese steuerfreie Einkommensgrenze erneut festgesetzt wurde (1891), ist die Lebenshaltung um mehr als 30 Prozent verteuert worden. Die sozialdemokratischen Anträge (1908/09, 1912/13), die Grenze bei 1500, mindestens aber bei 1200 Mark zu ziehen, wurden abgelehnt. Daß immer noch über die Hälfte der Einzelsteuervernden und der Haushaltungsvorstände weniger als 900 Mark Jahreseinkommen haben, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Schlagwort von der „großen Vermehrung des Volkwohlstandes durch unsere bewährte (!) Wirtschaftspolitik“.

Wie sich die Einkommensteuerstufen gestaltet haben, zeigt folgende Aufstellung. Es hatten Einkommen von mehr als

	von 100 aller Einzelsteuervernden und Haushaltungsvorständen	1912	1913
900-- 3000 Mark		39,00	40,52
3000-- 6500 "		3,60	3,73
6500-- 9500 "		0,60	0,62
9500-- 30 500 "		0,63	0,66
30 500-- 100 000 "		0,13	0,14
100 000-- 500 000 "		0,03	0,03
500 000-- 1 000 000 "		0,001	0,002
über 1 000 000 "		0,001	0,001

Von den Einkommens-Millionären wohnten 1912 66 in den Städten und 21 auf dem Lande, 1913 67 in den Städten und 22 auf dem Lande, davon 16 in den Landgemeinden und Gutsbezirken mit bis zu 2000 Einwohnern. Die Abstufung von 900 bis 3000 Mark ist zu groß, als daß sie die Entwicklung der Einkommens-

verhältnisse der breiten Volksmasse genau erkennen lassen könnte. Jedoch genügt auch schon die Feststellung, daß 1913 bei einer Bevölkerung von 40 751 635 Köpfen 15 545 529 einkommensteuerfrei blieben, weil das Jahreseinkommen der Haushaltungsvorstände usw. 900 Mark nicht überstieg, um die Bedürftigkeit der breiten Volksmassen einigermaßen zu charakterisieren.

Durch die auf Betreiben der Nationalliberalen in das Einkommenbesteuerungs-gesetz ausgenommene Vorschrift, die die Arbeitgeber verpflichtet, der Steuerbehörde alljährlich die Lohnnachweise der Arbeiter zu liefern, hat man erreicht, daß die Lohnarbeiter bis zum letzten Pfennig Einkommen, inklusive der Ueberfachdienstleistungen, zur Steuer herangezogen sind. Dadurch nicht zuletzt hat sich die Zahl der Jeniten auch prozentual vermehrt. In welcher Weise geht aus nachstehender Uebersicht hervor, die auch das absolut versteuerte Einkommen, bezogen auf das ganze Steuergebiet, nachweist.

	Von 100 Einwohnern waren Jeniten	das versteuerte Einkommen betrug pro Jenit	Die Steuersumme pro Kopf d. Bevolk.
1908	15,45	2177 Mk.	6,43 Mk.
1910	15,94	2196 "	6,65 "
1912	17,16	2207 "	7,30 "
1913	17,96	2232 "	7,71 "

Das steuerpflichtige Einkommen hat sich demnach pro Jenit innerhalb sechs Jahren nur um 45 Mark, die Steuersumme pro Kopf der Bevölkerung nur um 1,28 Mark jährlich gehoben.

Im nächsten Jahre dürfte sich die Steigerung erheblich größer gestalten und zwar infolge der Einkommenschätzungen bei der Veranlagung des Wehrbeitrages. Die Steuerbehörden müssen, wie von allen Seiten berichtet wird, über die Höhe der früher von den Besitzenden dem Staate hinterzogenen Summen geradezu verblüfft sein. Als charakteristisches Beispiel geben wir folgenden Mitteilungen eines fortschrittlichen Blattes in Halle, der Saalezeitung, Raum:

„Von einer Stelle, die wir für gut unterrichtet halten müssen, wird uns bestätigt, was man vielfach schon vorausgesehen hatte: Der Generalgouverneur hat auch in Halle eine solche Fülle von — brauchen wir ausnahmsweise mal ein Fremdwort — „latenten“ Vermögen ans Tageslicht gebracht, daß dadurch unser städtischer Etat dauernd in recht erfreulicher Weise beeinflusst wird. Es sind Millionen mehr deklariert worden als bisher. Viele Leute in Halle sind viel reicher, als bisher die Steuerbehörde gewußt hat. Zusammengerechnet geben die bisher an amtlicher Stelle nicht bekannt gewordenen Beträge eine riesige Summe, die natürlich der Einkommensteuerertrag gewaltig steigert. Die Stadt dürfte sich — so wird uns versichert — nach Schätzungen, die einigermaßen Anspruch auf Richtigkeit haben, aus jenen Summen ein Steuermehr von über 300 000 Mark herausrechnen. Und noch seien längst nicht alle Steuererklärungen eingegangen, da die Frist ja noch läuft.“

Wenn nun im nächstjährigen Veranlagungsergebnis diese Summen erscheinen, wird die bürgerliche Presse sicher auch wieder Jubellieder anstimmen, daß „unser Volk immer reicher wird“. Die Wirklichkeit bleibt aber wie sie war: Die Kapitalisten sind reicher und die Arbeiter ärmer, als die Einkommensteuerstatistik erkennen läßt.

Des Dreiklassensystems wurde in Vorstehendem schon Erwähnung getan. Hier sei noch ein Beweis für den agrarischen Charakter des Schandwahlsystems gegeben in einer Uebersicht, die zeigt, in welcher Weise Stadt und Land an der Aufbringung der Steuern, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, beteiligt sind. 1913 kamen im ganzen Staatsgebiet:

	Jeniten (physische Personen) auf je 100 Einwohner	Durchschnittl. Einkommen pro Jenit	Jahresbetrag der veranlagten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung
in den Städten	23,86	2431 Mk.	11,84 Mk.
Landgemeinden über 2000 Einwohner	23,31	1840 "	6,15 "
Landgemeinden bis zu 2000 Einwohner	9,18	1860 "	2,92 "
überhaupt	17,96	2222 "	7,71 "

Nach aus dieser speziellen Zählung geht die überragende Bedeutung der städtischen Bevölkerung für die Aufbringung der Staatssteuern hervor, eine Bedeutung, der die vorwiegend agrarisch-konservative Zusammensetzung des preußischen Landtags keineswegs Rechnung trägt. Schon diese unstreitige Tatsache zwingt die lohnarbeitenden Massen, mit aller Energie auf eine Modernisierung des Landtagswahlrechts zu dringen.

Politische Übersicht.

Außerhalb der Kultur.

Zwei volle Tage, den 4. und 5. Februar, hat der Reichstag über die Handhabung des Berrinsgesetzes debattiert. Nun soll man gewiß von der gegenwärtigen Reichsregierung gar nichts erwarten, was einer Erweiterung der Möglichkeit freier Bewegung im Lande irgendwie ähnlich sieht. Man dürfte aber von den Leuchten, die Deutschland regieren, wenigstens glauben, daß sie das Geschick besäßen, ihre schlotternde Angst vor einer wirklichen Vereins- und Versammlungsfreiheit in Formen zu kleiden, die nicht gar zu geistlos und ärmlich sind. Aber auch darin sucht die Bethmann-Regierung einen Reford zu schlagen. Bismarck trumpfte auf, wenn er Volksrechte bekämpfte und versagte. Seine agrarischen Nachbeter, übrigens früher sehr oft seine Gegner, tun das heute noch und rufen nach Soldaten gegen Demokraten. Aber die jetzige Reichsregierung windet und dreht sich in jammervoller Weise. Bestreiten kann sie die kleinliche Polizeipolitik und den namentlich in Preußen geübten Terrorismus der Behörden nicht. Darüber würden alle Führer im Lande lachen. Man müßte also hinter die Polizeibehörden treten und ihre fortwährende Rebellion

gegen das Gesetz zu rechtfertigen suchen. Statt dessen stellt sich die Regierung „dumm“, wie man draußen zu sagen pflegt. Ihr Sprecher, der Ministerialdirektor Lewald im Reichstag des Innern, dessen Ausführungen sich der Staatssekretär wohlgefällig und bequem anhöre, ist der rechte Mann zur Vertretung eines solchen rüchtriosen Verhaltens. Er ist ein direkter Nachkomme der bekannten demokratischen Schriftstellerin der vierziger Sturmjahre des vorigen Jahrhunderts Fanny Lewald und hat von ihr eine gewisse Unerschlichkeit der Bildung geerbt. Er weiß nicht nur in preussisch-deutschen, sondern auch in englischen Verhältnissen Bescheid. Aber er benutzt diese Kenntnisse nicht dazu, den deutschen Verfassungskörper und die Politik der Reichsregierung zu korrigieren, sondern im Gegenteil dazu, dem Reichstanzler und dem Staatssekretär Vorwände für ihre Zweideutigkeiten zu liefern. Nach ihm sind politische Uebergriffe gar nicht vorgekommen oder nicht nachgewiesen. Und das nach der Leporelloliste, die Genosse Wegien ausgestellt hatte! Außerdem könne aber die Reichsregierung auch nichts anderes machen, als bei den Bundesregierungen Vorstellungen wegen etwaiger Ungehörlichkeiten und ihre Abstellung erheben. Da platzt selbst dem schwachbelebten Reichstags die Geduld. Er rief dem letzten Regierungsvertreter zu, daß man in Preußen zu nicht einmal diese schwache Korrektur verfolge und daß der Reichstanzler als Ministerpräsident vor Dallwitz und seinen Schülern kapituliere. Schließlich kam der alte Vorwand, daß man den Verträgen und der „unabhängigen“ Rechtsprechung nicht in den Arm fallen dürfe. Als wenn man in Preußen noch keine miltärischen Richter gemahregelt hätte!

Auch der zweite Tag hat den Eindruck von der schändlichen und willkürlichen Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen verstärkt, und mit neuer Gewalt den Schluß erzwingen, daß eine Aenderung des Gesetzes die Garantie gegen solche Willkür schaffen muß. Selbst diejenigen, die seinerzeit an der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes mitgearbeitet haben, müssen das Unrecht einer künstlichen Interpretation zugeben, wenn sie nicht gerade zur äußersten Rechten gehören, der solche Praxis natürlich höchst unangenehm ist. Der nationalliberale Dr. Jund hat zum Beispiel das Eingeständnis gemacht, daß die Handhabung des Gesetzes Ruhe und Würde vermissen läßt, aber er fühlt sich doch zu solidarisch mit seinem einstigen Werk, als daß er die eigentlich selbstverständliche Konsequenz einer Umgestaltung zu ziehen wagt. Er sowohl, wie der Fortschrittler Müller-Weinigen, der nach ihm zu Wort kam, wandten sich gegen das Verbot des Berliner Schutzmannsvereins, fanden aber die Einreihung der Gewerkschaften in die politischen Organisationen gerechtfertigt. Herr Dr. Müller führte im übrigen gegen die Verwaltungsbehörden namentlich bei der Auslegung des Sprachenparagrapheu zahlreiche Material an, und er scheint auch einzusehen, daß das Gesetz einer Aenderung bedarf. Nach dem Kaiser Delor zitierte der Däne Hansen interessante Beispiele aus den Erfahrungen seiner Heimat. Als er dabei mit einer wohlbedachten Schärfe das Verhalten der dortigen Verwaltungsorgane kennzeichnete, regte sich eine etwas merkwürdige Entrüstung unter den Herren auf der Bundesratsstraße.

Gegenüber den Darlegungen der Regierung, die am Tage vorher gegeben worden waren, und gegenüber den Rednern aus dem Hause, entwickelte Genosse Landsberg die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion. In seiner geschickten Rede führte er unter großer Aufmerksamkeit des Hauses einige der ewigen Schatzkammer ab, denen es nie scharf genug zugeht. Er zeigte in einer Argumentation von schlagender Kraft, wie sehr der Rechtszustand selbst in Preußen durch das Vereinsgesetz von 1908 verschlechtert worden ist, und er zeigte auch namentlich, wie fütlich und politisch verwerflich die Unterdrückung der Muttersprache einer Minderheit ist. Auch er hatte ganz besonders, was die Behandlung der Jugendlichen angeht, eine Fülle interessanter Materialien aus der Rechtsprechung und aus den Praktiken der Polizeibehörden. Der Zentrumsabgeordnete Gröber gab zu diesen Darlegungen

noch manche wertvolle Ergänzung, aber das alles darf ja für die Regierung keine Bedeutung haben. Deren Vertreter, Dr. Lewald, verteidigte noch einmal so gut und so schlecht es ging, seine Auffassung, und der Staatssekretär betonte später ausdrücklich, daß er damit einverstanden sei.

Deutschland.

Herr Ballin auf dem Kriegspfade.

Schon seit längerer Zeit ist der holde Friede zwischen Hapag und Lloyd gestört und der Gewalthaber von Hamburg hat offenbar zielbewußt und planvoll den bestehenden Ring der Reedereien, den „Schiffahrtspool“ gesprengt. Damit beginnt ein wirtschaftlicher Kampf, der überaus interessante Erscheinungen zeitigen kann und daher volle Aufmerksamkeit verdient.

Der Schiffahrtspool ist eine Vereinbarung der Dampferlinien, die an dem regelmäßigen Verkehr zwischen den Häfen Europas und Nordamerikas, an dem nordatlantischen Verkehr beteiligt sind. Er entstand, als Pierpont Morgan den Plan faßte, den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu monopolisieren, wobei ihm das Ziel vorzuschwebte, die Schiffahrt in Abhängigkeit von den amerikanischen Eisenbahnen zu bringen. Dieser Plan scheiterte, dagegen einigen sich die englischen, deutschen, holländischen, belgischen und amerikanischen Schiffahrtslinien in der Weise, daß einheitliche Sätze für die Zwischendeckpassagiere und die Fracht eingeführt wurden. Ursprünglich war auch eine Gewinnerteilung vorgesehen, die aber bald aufgegeben wurde. Innerhalb dieses Pools, wie er in den letzten Jahren bestand, gab es noch eine besondere Abmachung zwischen den kontinentalen, das heißt den deutschen, belgischen, holländischen, französischen Linien, außerdem aber auch noch eine weitere zwischen den beiden deutschen Linien. Es wurden nämlich den beiden deutschen Linien 70 Prozent des Zwischendeckverkehrs vom europäischen Kontinent nach Amerika überlassen. Die beiden Linien aber stellten untereinander in der Weise, daß auf den Bremer Lloyd 47 Prozent der Passagiere fielen, auf die Hamburg-Amerika-Linie 53 Prozent. Die letzte ist nun seit Jahren bestrebt, dieses Quotenverhältnis zu ändern. Der Auswandererverkehr von Bremen ist ganz bedeutend größer als von Hamburg und daran ist kaum zu rütteln. Aber Herr Ballin hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, daß das Verhältnis anders geregelt werden müsse, weil Hapag ihre Flotte vergrößert hat. Im vergangenen Jahre wurde der allgemeine Pool gekündigt, weil eine amerikanische Schiffahrtsgesellschaft, die von der Canada-Pacific-Eisenbahn ins Leben gerufen wurde, Passagiere von Triest nach Canada zu befördern begann. Diese Kündigung, die dem Vertrag am 31. Januar dieses Jahres ein Ende bereitet — wurde vielfach als bloße Formalität betrachtet, da man annahm, daß die Gesellschaften entweder den neuen Konturrenten in ihren Verband aufnehmen werden, oder gemeinsam gegen ihn vorgehen würden. Herr Ballin jedoch ergriff die Gelegenheit, um dem Lloyd seine Bedingungen aufzuzwingen und als er seinen Willen nicht durchsetzen konnte, blieb er den weiteren Verhandlungen des Pools, die in Paris geführt wurden, fern. Die Situation ist jetzt so, daß die bisherigen Mitglieder des Pools bestimmte Vereinbarungen getroffen haben, die geheim gehalten werden, aber wie es scheint darauf hinauslaufen, daß die Gesellschaften nicht untereinander den Kampf führen, sondern solidarisch gegen Hapag handeln wollen.

Hapag hat inzwischen die Preise für Zwischendeckkarten herabgesetzt, die andern Gesellschaften folgen. Aber es scheint, daß der Kampf auch auf andere Weise geführt werden soll. So erfährt man, daß Hapag eine Auswandererlinie von den östlichen Häfen des Mittelmeeres und von den Häfen des Schwarzen Meeres nach Newyork einrichten will. Wahrscheinlich werden noch andere Linien folgen.

Diese Rivalität dürfte für den Verkehr nur von Vorteil sein, welche Folgen dagegen für die beiden Rivalen entstehen, darauf darf man gespannt sein. Freilich tun sie heute so, als ob ihnen unermessliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, aber es ist noch nicht vergessen, daß vor fünf Jahren der Lloyd am Rande der Pleite stand und auch Hapag nur durch Intervention der Banken über die Krisenzeit hinwegkam.

Frauentag und rote Woche.

Bereits vor Wochen ist durch die Presse bekannt gegeben, daß in diesem Jahre der 8. März, bei uns in Danzig der 6. März, als Termin für den Sozialdemokratischen Frauentag festgesetzt ist. Der Frauentag soll die rote Woche einteilen, das heißt eine Woche, die im ganzen Reich der Gewinnung von Parteimitgliedern und Zeitungsabonnenten dient.

Der Frauentag gilt der Propaganda und der Demonstration für das volle Bürgerrecht der Frau.

Beide Aktionen der Partei sind geeignet, sich gegenseitig in hohem Maße zu fördern und damit den Erfolg zu sichern, wenn sie sorgsam vorbereitet sind und alle Parteimitglieder sich in ihren Dienst stellen.

Ganz besonders brauchen wir die eifrige Mitarbeit der Genossinnen.

Hier, wo es sich neben der so überaus wichtigen Aktion der roten Woche, der Veranstaltung im Interesse der Gesamtpartei, um eine Veranstaltung im besonderen Interesse der Frauen handelt, haben die Genossinnen um so mehr die Pflicht, mit glühendem Eifer und höchster Opferwilligkeit Hand ans Werk zu legen. Nie, zu keiner Zeit, war zudem die Mitarbeit und die Kampfbereitschaft der Genossinnen so dringend geboten als jetzt.

Ein Blick auf die wirtschaftlichen und politischen Zustände beweist das. Aus der Fülle der Ereignisse, die das Zusammenfallen aller zur Verfügung stehenden Kräfte für unseren Befreiungskampf als Notwendigkeit enthüllen, sei nur verwiesen auf die Anschläge gegen das Koalitionsrecht, auf Lebensmittelsteuerung und Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt auf die Militärdiktatur und das Warten der Justiz.

Am Frauentag werden die Genossinnen Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz, Englands und Russlands gemeinsam das demokratische Wahlrecht der Frau nachdrücklich und leidenschaftlich als soziales Recht reklamieren. Eine Tatsache, die sicherlich die Begeisterung und die Kampfesfreudigkeit unserer Genossinnen ungemein befeuern wird.

Schon heute sollen sie deshalb in allen Organisationen, in engster Arbeitsgemeinschaft mit den Genossen, die umfassendsten Vorbereitungen treffen. Geschieht das, wird der Frauentag eine machtvolle Demonstration für das Bürgerrecht der Frau und die rote Woche eine glänzende Werbeaktion der Partei werden.

Die Not der Arbeitslosen.

Aus München wird gemeldet: Der Magistrat hat einen Aufruf erlassen, in dem besonders die wohlhabenden Klassen aufgefordert werden, der dringenden Not der Arbeitslosigkeit dadurch abzuhelfen, daß alle sich durch milde Gaben an einer allgemeinen Hilfsaktion beteiligen. Die 100 000 Mark, die der Magistrat bewilligen konnte, reichen bei weitem nicht aus. Besser könne geholfen werden, wenn das Beispiel eines Bürgers, der bereits 10 000 Mark für die Arbeitslosen spendete, zahlreiche Nachahmer fände. Als bald sind 8500 Mark gespendet worden.

Nach dem Aufruf sagt der Magistrat: An Spenden sind uns bereits übergeben worden: 1000 Mark vom Verlag der Münchener Post (soz.), 1000 Mark vom Gewerkschaftsverein München, 1000 Mark vom Konsumverein Sendling-München, 500 Mark vom Sozialdemokratischen Verein München, 200 Mark von der sozial-

Der Baldamus und seine Streiche.

17] Von Oskar Wöhrl.

Der Hunger nahm täglich zu und machte mich frech. So redete ich in der Dunkelheit einen betrunkenen Bauern an, der mit seinem Vetter vom Jahrmarkt heimfuhr. Er hieß mich aufsteigen. Während er schwanderte und mich ausfragte, stahl ich ihm aus der Manteltasche Brot und den dazugehörigen Käse. Später bog er in einen Nebenweg ein, ich aber lag ab und nahm noch eine flache Wein mit, ohne daß es der Bauer gemerkt hätte. Im Strahlen leuchte ich mich nieder, ah und trank alles bis auf den letzten Rest und ging fröhlich weiter. Ja, ich war so sorglos, daß ich auch unterhin die Straße benutzte, obgleich heller Mondschein lag. Auf einmal hörte ich leises Wimmern und Klagen. Als ich zurückkehrte, sah ich einen zwanzig Schritte von der Straße entfernt im Strauchengebüsch einen Menschen liegen. Ich ging auf ihn zu und fragte, was ihm fehle. Er sagte, es sei ihm unwohl geworden, er könne sich kaum mehr rühren, ich möchte doch so gut sein und ihn aufheben, näher an den Baum hinsetzen und dann Hilfe holen. Während ich mit dem struppigen Ael, stellte ich mich mit geprühltem Keiner über ihn. In dem Moment, da ich mich bückte, um ihn zu heben und in die Höhe zu heben, griff er blitzschnell zu und packte mich am Kehlkopf. Ich wurde wild. Es leuchtete und flimmerte mir nur so vor den Augen und ich schlug und trat ihn, bis ich nicht mehr konnte. Doch entwich er mir. Da ich ganz außer Atem war, konnte ich ihm nichts mehr tun, als ihm Steine nachzuwerfen. Bald darauf hatte ich schon manderlei gekostet. Eine solche Schmutzheit war mir aber doch noch nie vorgekommen. Der Bauer meinte wohl, ich hätte noch Jodermat gekostet und hätte die Leichen voll Geld.

Erst in der drittesten Nacht kam ich nach Memme. Ich konnte hier einen deutschen Arzt, der viel für die Kunden tat. Vorherging ich mich dem Schotten nach durch die Gassen zu seinem Haus, ließ über das Geranien und läutete. Er meinte, es gälte einen Krankenbesuch und war zu Tode erschrocken, als er mich so ermordet sah und mein Anliegen hörte.

„Nein, das geht nicht“, sagte er. „Ich kann Ihnen keine Kleider verschaffen, umdrehen. Ich mache mich überhaupt schon sträuben, wenn ich Sie nicht sofort anzeige und Ihre Festnahme veranlasse.“ Bei diesen Worten froh mit ein Schauer den Rücken hinunter. „Geben Sie her, Unglückseliger! Was meinen Sie? Ich bin herzlich.“ Wieder Sie sich hin, ich hätte Luft, mich und meine Familie eines wüßenden Menschen wegen zu ruinieren? Begreifen Sie das nicht? — „Herr Doktor“, sagte ich, „es kommt ja nichts auf. Wenn ich erwidert werde, will ich mich eher umbringen lassen, als daß ich ein Sterbenswort verlor.“ Und außerdem, Herr Doktor, was kann etwas werden, wenn ich Ihnen die Kleider einfach liebe?“

„Redete ich in einem fort ins Nebenzimmer, „wissen Sie, vierzehn Tage nichts anderes als Feigen und Wurzeln.“ „Ja, ja“, sagte er. Nicht einmal danken konnte ich dem guten Mann.“ Er drohte: „Wenn Sie davon anfangen, hole ich die Polizei.“ Als ich satt war, nahm ich mein Bündel zu mir und schwang mich über die Mauer. Der Doktor stand am Fenster im ersten Stock und schaute mir nach. Ich ging ans Meer, warf mein Bündel hinein und sah zu, wie die Wellen fortzuschwimmen. Dann spazierte ich noch eine Weile. Auch die Taschen meines neuen Anzuges suchte ich aus und fand in der Weste zehn Franken in Kleingeld. Sofort lief ich an den Bahnhof, löste ein Billet und fuhr mit dem nächsten Zug ins Italienische. „Benitimglia“, rief der Schaffner. „Benitimglia!“ schrie ich, stand auf und schlug bestimmungslos auf den Boden.

Als ich zu mir kam, lag ich im Stationszimmer, viele Leute standen um mich herum, ein Bahnbeamter spritzte mir Wasser ins Gesicht. Noch bevor ein Arzt kam, war ich wieder beiinander und konnte in die Stadt gehen. Ich schämte mich, weil mir so viele Menschen nachschauten. Den ganzen Tag war es mir noch schwindlig, ich mußte mich öfters niedersetzen, aber nachher ah und trank ich gut, das half so gründlich, daß ich am nächsten Morgen nichts mehr spürte und weiter konnte, Genua zu. Das war ja die alte Straße, die ich vor zwei Jahren schon gegangen war! Noch jeden Wegsteine kannte ich, jede Biegung, jede Windung. Am siebenten Tag stand ich im deutschen Konsulat in Genua und setzte es durch, daß ich den Konsul selber zu sprechen bekam. Er besorgte mir ein Billet nach Chiasso an der Grenze. Von dort ging ich zu Fuß nach Lugano und stellte mich der schweizerischen Polizei, die mich gleich auf den Schub brachte. Den ersten Tag kam ich bloß bis Göschenen. Hier wurde ich mit noch dreien ins Wacht haus gebracht. Obwohl draußen tiefer Schnee lag, war nicht geheizt. Eiszapfen hingen bis auf die Britische hinunter. Wir wickelten uns fest in die Wolldecken und lagen eng zusammen, damit wir weniger froren. Zwei Tage verbrachten wir in dieser Weise und bekamen nur Schleimsuppe zu essen.

Am Montag Morgen wurden wir von einem Landjäger an den Bahnhof geführt und im Gepäckwagen in einen schmalen Verschlag gesperrt, der nur ein kleines vergittertes Fenster hatte, das man nicht öffnen konnte. Da schon zwei andere Kunden darin waren, konnten wir fünf uns in dem Affenstall kaum rühren und verplagten fast vor Hitze. In Zürich, wo wir ausstiegen, wurden wir auf die Polizeiwache geführt und bekamen ein gutes Mittagessen. Ich hat den Polizeihauptmann, nach Basel geschickt zu werden, weil ich dort in der Nähe wohne. Er sagte: „Nichts da, alles kommt nach Schaffhausen!“

Um vier Uhr nachmittags langten wir dort an. Als wir gefragt wurden, wo wir hinwollten, sagten die anderen: „Konstanz zu.“ Ich: „Basel zu.“ Ein Polizist führte mich bis an die badische Grenze. Dort kehrte er um. Ich lief die ganze Nacht hindurch. Im Walde bei Kleinkaufenburg wurde es schümm. Oft tappte ich bis an die Knie im Schnee und konnte kaum weiter, aber ich mußte. Heim! Heim! schrie es immer in mir. Heim! Heim! Gegen Morgen froh und hungerte es mich elend. Ich hat bei verließenen Leuten um Brot. Sie gaben nichts her, sondern sagten, dazu seien die Verpflegungstationen da, ich sollte mich an diese wenden. Aber ich konnte ja nicht, ich war ja vollständig schwarz und hatte kein einziges Ausweisepapier. Hunger zwangte ich mich weiter. Endlich, nach sechsundzwanzigstündigem Marsche gingen die 90 Kilometer zu Ende und ich war in Birsfelden, einem Vororte Basels. Hier riefte ich auf dem Trottoir aus und vertrat mir den

Fuß derart, daß ich kaum weiter gehen konnte. Eine Bäckerfrau, bei der ich vor sprach, schenkte mir dreißig Rappen. So konnte ich mit der Elektrischen in die Stadt hineinfahren. Ich wußte die Wohnung meines Bruders und klopfte an. Seine Hauswirtin öffnete und sagte, er sei noch nicht da, ich möchte solange warten, bis er komme. Da hörte ich auch schon einen Schritt. „Was wünschen Sie?“ fragte er. Und es dauerte wirklich eine Weile, bis er mich erkannte. Er sagte: „Dabei glauben sie, du seist tot.“

Er ließ mir ein Bad herrichten und während ich mich abschwemte, rüstete er das Essen. Weil er sah, daß ich sehr müde war, hob er das Erzählen für später auf und brachte mich gleich ins Bett. Er selber schlief auf dem Sofa. Als ich erwachte, sagte er: „Na, Großer, jetzt ist's Zeit, weißt du, wie lange du geschlafen hast? Zwei Nächte und einen Tag!“ Ich konnte es kaum glauben. Er sagte mir noch: „Ich habe dir Kleider zurecht gemacht, die dir passen.“ Dann ging er ins Geschäft. Ich drehte mich auf die andere Seite und schlief bis Mittag weiter. Erst dann stand ich auf, zog mich an und fuhr nach meinem Heimatsort.

Hier hatte sich vieles verändert während meiner Abwesenheit. Die Bahn fuhr eine ganz andere Richtung. Im Ort selber waren neue Geschäftshäuser aufgetan, kaum eine Straße kannte ich mehr.

Aber unser Haus fand ich doch. Es stand noch immer so in sich geduckt, wie eine Katze, die springen will. Hinter den Fenstern grühten mich die alten Topfpflanzen. In der Werkstatt klopfte der Vater Leder und sang ein Lied. Aus dem Hofe klangen die ebenmäßigen Hammerschläge der zwei Schmiede. Und schau, da am Balken hing sogar noch das Spazennest, das ich so gut kannte! Einigemal ging ich ums Haus herum, dann faßte ich ein Herz und trat in den Laden. Es war noch der alte gelbe Tisch, der da stand, dahinter die weiltäufigen Schäfte mit den vielen Schuhschachteln. Die Luft roch noch so ledrig wie vor Jahren und in der Küche hörte ich die Mutter zur Schwester sagen: „Eiß, gib uffs Affe achlig, daß es nit abrennt. I müß in dr Lade!“

Dann kam sie, aber erkannte mich nicht. Und ich tat fremd, obwohl mir ums Heulen war. „Ein Paar Schuhe möcht ich“, sagte ich. Welche Fassen, welche Größe? „So und so.“ Und während mir die Mutter eine Auswahl zusammenstellte, hatte ich Gelegenheit, sie selber zu betrachten. Ihre Bewegungen waren noch die gleichen wie früher, nur, wie es mir schien, etwas mühsamer. Schließlich hatte ich ein Paar gefunden, die mir paßten und vierzehn Mark kosten sollten. Diese behielt ich an, machte aber keine Miene, zu bezahlen, sondern redete von allerlei, vom Wind und vom Wetter, von teuren und von schlechten Zeiten und von unterschiedlichen Menschen. Endlich sagte die Mutter, sie müsse in die Küche, sonst würde ihr das Abendessen anbrennen. Ich griff in die Tasche wie nach dem Portemonnaie, zog die Hand leer wieder heraus und sagte lachend: „Ich habe gerade kein Geld bei mir, könnt Ihr mir keinen Kredit machen?“ Sie sagte darauf sehr erschrocken: „Aber ich kenne euch doch gar nicht!“ „Nun“, war meine Antwort, „mir scheint, wir zwei müßten uns doch gut kennen.“ Erst da schaute sie mir so recht unter die Augen und noch einmal, und fing an zu zittern und zu schwanken, als wolle sie mich loslassen. Und hielt mich so fest, als wolle sie mich nie mehr loslassen.

Der Vater in der Werkstatt hörte den Schrei und meinte, es gehehe ihr etwas. Mit einem Kohrstiefel in der Hand kam er an-gehepungen. Als er sich zurechtgefunden hatte, schneuzte er sich, strich die Augen mit dem Hemdärmel und pff: „Du machst mir aber schöne Fragen!“ Eine Viertelstunde später wußte schon das ganze Nest: der Baldamus ist wieder daheim! (Fortsetzung folgt.)

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Aus dem Reichstage.

Abstimmungen.

Den Debatten über das Vereinsrecht, die wir in der politischen Webericht streiften, folgten am 6. Februar die Abstimmungen über eine Reihe von Resolutionen, die in der bisherigen Debatte des Reichsamts des Innern erörtert worden sind. Der Antrag des Grafen Westarp auf ein Arbeitswilligen-Gesetz wurde — in drei Jahren zum bestenmal! — gegen den Preußenbund der Konservativen und Reichsparteier vom gesamten Hause abgelehnt. Aber auch der weniger schroffe Wunsch des Herrn Wasserhagen nach einer Denkschrift über die berühmten angeblichen Ausschreitungen fand keine Annahme. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bereiteten dem nationalliberalen Führer diese verdiente Niederlage.

Von den Anträgen zum Vereinsrecht wurden die Vorschläge der Sozialdemokraten, der Polen und des Zentrums angenommen, wobei die Fortschrittler sich — dank einem besonders geschickten Vorgehen des Herrn Müller-Meinungen — das Vergnügen leisteten, mindestens fünfmal nacheinander zu zeigen, wie gespalten und wie unsicher sie sind. Von den übrigen Anträgen, die erledigt wurden, verdient noch der vom Zentrum gestellte besondere Erwähnung, durch den die Entschleunigung des Bundesrats über Beschlüsse des Reichstags an die Budgetkommission überwiesen worden sind.

Dann wurde die Spezialdebatte des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Genosse Molkenbühr nahm Veranlassung, auf Grund der Ergebnisse der Reichsversicherungsordnung zu zeigen, wie sehr durch falsche Zahlen bei der Schaffung des neuen Gesetzes die Witwen und Waisen geschädigt worden sind, und er verlangte unter genauem Nachweis des Sachbestandes, daß dieses Unrecht schleunigst geföhnt werde. Der Regierungsvertreter fand aber irgend eine angebliche Schwierigkeit, die ihn veranlassen konnte, solche Eile abzulehnen. Im weiteren Verlauf der Erörterung verlangten die Genossen Rauch und Thöne eine bessere und schleunigere Auszahlung der Aufwandsentschädigung an die Familien der zu Lebzeiten einberufenen Mannschaften. Genosse Bender trat bei dem andern Titel für eine raschere Erledigung der Frage der Sonntags- und Nachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe ein.

Eine längere Zeit nahmen die Debatten über den Titel „Reichsschulskommission“ in Anspruch. Der Fortschrittler Sidlovich begründete eine Resolution seiner Partei, die den Ausbau der Kommission zu einem Reichsschulamt ohne gesetzgeberische, administrative und disziplinarische Befugnisse fordert. Für diese allerdings sehr bescheidene Verbesserung trat auch der nationalliberale Ortmann ein, während beide Redner die Schaffung eines selbständigen Reichsamts für Schulwesen ablehnten, wie es von der sozialdemokratischen Resolution gefordert wird. Diese konsequente Forderung wurde vom Genossen Schulz in eingehenden Darlegungen begründet. Unter Redner zeigte in seinen sachkundigen Ausführungen die ganze Unseligkeit des heutigen Zustandes. Mit

guten Argumenten und einem sehr beweiskräftigen Material zerkörte er vor allem die Befürchtung, als könnte ein Reichsschulamt eine Schablonisierung des Schulwesens zur Folge haben, wo heute schon gerade beim Mangel einer solchen Reichsbehörde in dem größten Teil des Reichs die bedenkliche Schablone vorherrscht. Vollends überzeugend war der Hinweis darauf, daß der Reichstag es ja bei jeder einzelnen Maßnahme einer Reichsschulgesetzgebung in der Hand hätte, diese vorzeitigen und ungerechtfertigten Bedenken zu zerstreuen. Trotzdem sprach Herr Kerschensolner von der Volkspartei von der Gefahr einer Uniformierung des Schulwesens, und diese Befürchtung war offenbar für ihn und seine Freunde auch bei der Abstimmung maßgebend. Die sozialdemokratische Resolution wurde abgelehnt, die fortschrittliche mit den Stimmen der Nationalliberalen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

In der späten Abendstunde kam es noch zu einer Debatte über den nationalliberalen Antrag auf Errichtung eines Reichsamts für Finanz- und Heimatkunde. Der Konservative Graf Westarp sprach dagegen, während Herr Schiffer von den Nationalliberalen und Herr Dove von den Fortschrittler ihn befürworteten. Herr Erzberger bekannte sich zu den Gegnern des Antrags. Genosse Frank sagte noch in wenigen Worten, wie sehr die konservative Forderung für einem Reichsverwaltungsgerichtshof die Sozialdemokraten zur Annahme des Antrages bewegt. Er wurde gegen die Rechte und das Zentrum angenommen.

Am Sonntagabend beschäftigte sich der Reichstag mit der Reformbedürftigkeit des Kalkgesetzes. Der Unterstaatssekretär stellte eine Novelle dazu in Aussicht.

Preußischer Landtag.

Staatsräson über Gerechtigkeit.

Die Junkerkammer erledigte in den letzten Sitzungen die zweite Beratung des Justizetats. Dabei kam es zu wiederholten scharfen Zusammenstößen unserer Fraktion mit der reaktionären Mehrheit. Genosse Liebknecht zeigte an einer Anzahl Beispiele alle die Mißstände, die das Volk gewohnt ist, mit dem Namen Kassa-Justiz zu bezeichnen. Dabei sollte er auch die Flandervorjere Mordaffäre auf.

Eins der schlimmsten Kapitel unserer heutigen Justiz ist das von den Widerständen gegen die Wiederaufnahme eines Verfahrens zugunsten unschuldig Verurteilter. Man braucht nur an den Fall des unglücklichen Barbiers Ziehe in Eberfeld zu erinnern, der seinerzeit wegen angeblicher Ermordung seiner Frau hinter Zuchthausmauern sein Leben beschließen mußte, trotzdem die ganze zeitliche Öffentlichkeit von seiner Unschuld überzeugt war und von Angehörigen der verschiedensten Parteien die Wiederaufnahme des Verfahrens betrieben wurde. Der Appell an Menschlichkeit und Gerechtigkeit prallte ab wie von einer Mauer an unserem bürokratisch-autokratischen Justizsystem, das aus Gründen der Staatsräson keinen Justizirrtum zugeben will. Lieber mögen Unschuldige im Zuchthaus schmachten und zugrunde gehen, ehe ein Fehlspruch aufgehoben wird. Das könnte ja den Glauben der Masse an die Unfehlbarkeit unserer Justiz erschüttern. Als wenn nicht im Gegen-

teil das Ansehen unserer Justiz gerade durch solche Verurteilungen gegen das elementarste Rechtsempfinden untergraben und erschüttert würde. Auch jetzt wieder wird eine solche Wirkung ausgelöst durch das Verhalten der Eberfelder Justizbehörden in einem Falle, der seit längerer Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hat.

Der Fall der Bauerswitwe Hamm aus Flandervorje, die 1908 vom Schwurgericht Eberfeld wegen angeblicher Beihilfe zur Ermordung ihres Ehemannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, beginnt sich zu einem zweiten Fall Ziehe auszuwickeln. Die Frau ist seinerzeit ohne den Schatten tatsächlicher Beweise lediglich auf Grund eines Indizienbeweises verurteilt worden, und ohne daß man auch nur den geringsten Anhalt über die Person des Täters und über seine Motive gehabt hätte. Der Berliner Kriminalkommissar, Herr von Tressow 2, hatte allerlei Familienklatsch und Tratsch zu einer Anklage zusammengetragen, die sich Staatsanwaltschaft und Gericht zu eigen machten, wodurch die Verurteilung der unglücklichen Frau erzielt wurde. Inzwischen ist Herr von Tressow Anklage und Fall gegangen worden und hat sich als dunkler Ehrenmann bedeutendsten Kalibers erwiesen, dem damals sicher kein Wort vor dem Schwurgericht geglaubt worden wäre, hätte man sein Vorleben gekannt. Außerdem aber ist eine geradezu überwältigende Fülle des denkbar schwersten Belastungsmaterials gegen zwei der Tat bringend verdächtige Persönlichkeiten gesammelt und den Eberfelder Justizbehörden zur Prüfung übermittelt worden, ohne daß bisher von Amis wegen der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt worden wäre; inzwischen hat ihn die Verteidigung gestellt.

Bei der Generaldebatte über den Justizetat im preußischen Landtag hat der Genosse Liebknecht den Fall zur Sprache gebracht, gestützt auf das Material, das ihm vom Genossen Dietmann, dem Reichstagsabgeordneten des Kreises Renscheid-Venep-Mettmann, in dem der Ort Flandervorje liegt, beschafft worden war. Genosse Liebknecht zeichnete in großen Strichen ein Bild dieser Justizaffäre und stellte in Aussicht, bei der Spezialberatung die Sache noch eingehender erörtern zu wollen. Er forderte von der Justizverwaltung die sofortige Entlassung der unschuldig im Zuchthaus schmachtenden Frau Hamm und bezeichnete ihre Inhaftierung als einen Justizmord. Der Justizminister Dr. Weseler antwortete auf Liebknechts prägnante Darstellung mit einigen nichtsagenden und ausweichenden Nebensätzen, die deutlich die Abneigung verrieten, „erledigte“ Verfahren wieder aufzunehmen. Er suchte zu bestreiten, daß die Verurteilung der Frau Hamm durch das Austreten des ehemaligen Kriminalkommissars von Tressow 2 erzielt worden sei (?). Es sei damals sechs Tage lang verhandelt worden und es seien dabei außer von Tressow auch noch andere Zeugen vernommen worden. All den Tatsachen, die nachträglich für die Unschuld der Frau Hamm vorgebracht worden seien, sei von den Gerichtsbehörden nachgegangen worden. Vor einem Jahr sei schon einmal ein Antrag auf Wiederaufnahme abgelehnt worden, augenblicklich seien wieder neue große Ermittlungen in der Schweben. Mit solch „europäischen Gemeinplätzen“ suchte der Justizminister im Landtag die unhaltbare Position der Eberfelder Staatsanwaltschaft zunächst noch zu decken.

Bei der Spezialdebatte des Justizetats schritt zunächst die Mehrheit dem Genossen Liebknecht das Wort ab. Sie wollte nichts

Kleines Feuilleton.

Die Lebensweise der Pfahlbauleute.

Von Ferdinand Keller.*)

Als einen günstigen Ort zur Niederlassung betrachteten die Ansiedler eine sonnige Uferstelle, die durch benachbarte Höhen und durch Landzungen vor Sturm und Wellenschlag einigermaßen geschützt war. Eine freundliche nach Mittag sich öffnende Bucht am Fuße bewaldeter, an Jagdliegen reicher Berge mußte als besonders einladend erscheinen. Da aber schon die frühesten Ansiedler, wie die den Pfahlbauten entnommenen Ueberreste von Hausieren und die Vorräte von Getreide und Wachs beweisen, nicht nur als Fischer und Jäger, sondern auch als Hirten und Feldbauer auftraten, so ist anzunehmen, daß die Nähe guter Weidplätze und zum Anbau geeignete Felder eine notwendige Bedingung bei der Wahl des Wohnortes bildeten. Ein zweites unumgängliches Erfordernis war ein ziemlich breiter, nicht sehr tiefer Rand des Seebeckens (Weißgrund, „blanc-sand“), so daß die in den Seeboden gepflanzten Pfähle auch beim höchsten Wasserstande noch ein paar Fuß über den Seespiegel hervorragten. Der Boden mußte schlammiger oder feiger Natur sein, weil Stein die Aufstellung von Pfählen nicht gestattet hätte. Je nach dem Grade der Abkühlung des Ufers und der Ausdehnung des Weißgrundes wurde der Pfahlbau bald in größerer, bald in geringerer Entfernung vom Lande angelegt, häufig aber hart oder so nahe daran, daß der Zwischenraum auf einem Stege von vier bis sechs Metern Länge überschritten werden konnte. Die vermittelte der Anbreitung und der Steinart gefällten Bäume wurden entweder ganz gespalten, bald mit der Rinde, bald geschält angewendet und der leichteren Einrammung wegen am unteren Ende durch Verkohlung oder Behauen mit dem eben genannten Werkzeuge zugespitzt. Das Eintreiben der Pfähle, das die Herstellung eines Pflohes voraussetzt, wurde durch schwere Steine und gewaltige Holzschlägel, deren mehrere zum Vorschein gekommen sind, bewerkstelligt. Daß die Verteilung der Pfähle nicht auf Geratewohl, sondern nach einem bestimmten Plane geschah, ist keinem Zweifel unterworfen; allein, da der Oberbau bei keiner Ansiedlung mehr vorhanden ist, so kann die ursprüngliche Anordnung der Pfähle, die gegenwertig gleich den Ueberresten eines vom Sturme oder einer Lawine abgetriebenen Waldes aus dem Boden hervorschauen, nicht mehr ermittelt werden. Nach Vollendung des Pfahlwerks, das sich je nach der Zahl der Ansiedler über einen größeren oder kleineren Raum verbreitete, wurden, wenigstens bei einigen Kolonien, um dem Aufspritzen der Wellen unter der künftigen Behausung vorzubeugen, die äußersten Pfähle mit Zweigen eng und fest durchflochten. Es folgte nun eine zweite ebenfalls schwierige und mühsame Arbeit, nämlich die Herstellung des Holzbodens, auf den die Hütten zu stehen kamen, und wo zugleich auch hinreichender Raum zur Berrichtung mannigfacher Geschäfte vorhanden sein mußte. Zu diesem Zwecke wurden drei bis vier Meter lange Stämme an den Enden durchbohrt und mit Nägeln von Holz auf den Köpfen der überall gleich hohen Pfähle befestigt. Dann spaltete man etwa zwei Meter lange Stämme aus Nadelholz in Bretter von fünf Zentimeter Dicke, verband sie mittels hölzernen Zapfen mit dem Balkenlager und gewann auf diese Weise einen soliden ebenen Fußboden.

Die Beschäftigung der Pfahlbaubewohner war von sehr mannigfacher Art und teilte sich mit Rücksicht auf die Erwerbung von Lebensmitteln zwischen Fischfang und Jagd, Viehzucht und Ackerbau.

Was den Fischfang betrifft, so zeugen von seinem erfolgreichen Betriebe die vielen zwischen dem Pfahlwerk ausgegrabenen Skelette verspeister Fische, namentlich die Schädel ungemein großer Hechte. Die Art des Fanges können wir zwar für die früheste Zeit nicht näher angeben, da bis jetzt in den älteren Pfahlbauten weder Netze noch Reusen zum Vorschein gekommen sind. Allein, wenn wir die von den unguiltigsten Stämmen Nordamerikas und der Südpazifik angewandten Geräte betrachten, so dürfen wir glauben, daß die Pfahlbaubewohner sich beim Fischfange hauptsächlich des Pfeiles und des Wurfpfeiles bedienten und sich damit in unseren so fischreichen Gewässern die nötige Beute ohne Mühe zu verschaffen wußten. Ein Teil der aus Knochen von Vögeln und kleinen Säugetieren verfertigten, zuweilen mit Einschnitten versehenen Spitzen erinnert ganz an das Fischgerät der genannten Völker.

Nicht minder ergiebig war die Jagd auf die Tiere des Waldes. Von der großen Fülle des Wildes und der Geschicklichkeit der Pfahlbaubewohner auch Hochwild zu erlegen, zeugen die in den Pfahlbauten oft in überraschender Menge herumliegenden Knochen von Hirschen, Rehen, Wildschweinen, Wibern, Fischottern, Eichhörnchen und anderen Tieren. Dafür, daß auch der Urochs und Raubtiere wie der Bär und der Wolf, vor den Keulen und dem Wurfpfeile nicht sicher waren, liegen eine Menge Beweise vor. Das Ergebnis der Jagd bildet jedenfalls einen nicht unbedeutenden Teil des Lebensunterhalts.

Von höchstem Interesse für die Kenntnis des Kulturzustandes der Pfahlbaubewohner ist der Umstand, daß sie auch der Viehzucht nicht unkundig waren, mühen die ersten Schritte zur Geflügel bereits getan hatten. Die Untersuchung der zwischen dem Pfahlwerk aller Ansiedlungen in so großer Menge zum Vorschein kommenden Knochen hat gezeigt, daß neben den Ueberresten von Jagdliegen auch solche von Hausieren, nämlich von Hund, der schon in den ältesten Pfahlbauten als Begleiter des Menschen auftritt, ferner von Rindvieh, Ziegen, Schafen und Schweinen sich vorfinden. Die Wartung von Hausieren setzt die Kenntnis einer Menge von Vorrichtungen, eine geregelte fortgesetzte Tätigkeit und die Sorge für die Zukunft voraus — Eigenschaften, die bei dem bloßen Jäger nicht zu finden sind. Diese vielseitigere Tätigkeit macht auch eine Teilung der Arbeit notwendig, da diejenigen, welche die Tiere pflegten, sie auf die Weidplätze führten, vor den Angriffen wilder Tiere schützten, Gras trockneten und Wintervorräte für die verschiedenen Gattungen der Tiere anlegten, unermüdet sich mit Jagd oder der Verfertigung von Werkzeug beschäftigten konnten.

Ferner sind Steine zum Brechen und Zerreiben von Getreidekörnern, sogenannte Kornquetscher und Mahlsteine in allen Pfahlbauten Getreidekörner selbst in geringer Menge zu Mehlen und Moosseedern in großer Menge zu Wangen gefunden worden, und wir lernen die Kolonisten auch als Ackerbauer kennen und erblicken sie zu einer Höhe der Kultur vorgeht, in der der Mensch bleibende Wohnsitze gründet und sich ein friedliches Zusammenleben und gesellschaftliche Ordnung feststellt. Höchst einfach machte die Bearbeitung des Bodens allerdings sein und in einem bloßen Aufreißen mit trummern Baumästen bestehen, wie dies bei den Nordamerikanern geschieht. Allein diese in den Pflanzgärten, die zur Abwehr des Wildes durch Bäume geschützt werden mußten, durch unvollkommene Feldbestellung gewonnenen Produkte sind von der Art, daß sie von den besten der Jetztzeit nicht übertroffen werden. Die bis-

her entdeckten Getreidearten sind Gerste mit zweifertiger Aehre, wie sie gegenwärtig noch im Orient gebaut wird, und Weizen.

Auch Flachs, dessen Pflege und Zubereitung nicht weniger Aufmerksamkeit und mancherlei Kenntnisse und Fertigkeiten verlangt, wurde von den Kolonisten in vorzüglicher Güte gegogen, mit der Spindel zu Fäden und Schnüren versponnen und zu Matten und Decken verarbeitet.

Sehr viel Zeit nahm, wie sich denken läßt, die Herstellung der für wirtschaftliche Zwecke, für Jagd und Fischfang nötigen Geräte, also der Werkzeuge, in Anspruch. Wenn jedoch bemerkt wurde, daß in diesen Kolonien bei einer so mannigfaltigen Tätigkeit eine Teilung der Arbeit bestanden haben muß, so drängt sich diese Annahme bei der Betrachtung der verschiedenen Arten des Werkzeuges von neuem auf. Auf eine ähnliche Gliederung der Gesellschaft treffen wir nach dem Berichte Schoolcrafts auch bei den Ureinwohnern Floridas und des nördlichen Amerikas. „Bei den Ureinwohnern Nordamerikas gab es in früherer Zeit eine eigene Klasse von Leuten, welche sich mit der Auswahl der geeigneten Steine und der Verfertigung von Pfeilspitzen beschäftigten und von den Jägern für die ihnen gelieferte Ware Fleisch und Häute der erlegten Jagdtiere als Bezahlung erhielten.“

So wie gegenwärtig der Stahl derjenige Stoff ist, dem mittelbar fast alles Geräte seine Form verbanft, so überzeugen wir uns, wenn wir die handwerkliche Ausüstung der Pfahlbaufolonisten ins Auge fassen, daß durch den Feuerstein fast allen Instrumenten aus Stein, Knochen, Holz die erforderliche Gestalt gegeben wurde. Vom Feuerstein wurden die Steinbeile aus dem Rohen gearbeitet und die zu Pfeilen und Pfeilspitzen bestimmten Knochen zerfägt, mithin das zum Bau der Wohnungen und zur Jagd erforderliche Gerät hergestellt.

Unter den Steingeräten fanden Beile und Meißel, so wie sie hier in den Pfahlbauten am häufigsten vorkommen, auch die mannigfaltigste Anwendung. Zu ihrer Verfertigung wurden aus den abgerundeten Geschieben, womit alle Täler unseres Landes angefüllt sind, solche von harten und zähen Steinarten gewählt. Zur Herstellung des Hauptwerkzeuges, des Beiles, wurden die Geschiebe auf zwei entgegengesetzten Seiten vermittels Feuersteinsagen oder unter Anwendung von Wasser und Quarzsand eingefägt und dann durch einen Schlag getrennt. Nach dieser Operation folgte die noch viel mühsamere Vollendung des Werkzeuges durch Bearbeitung mit Steinhammern und durch Schleifen auf Sandsteintafeln. Durch ein ähnliches Verfahren erhielten auch die Kornquetscher und Mahlsteine, zu denen fast immer ein harter, grobkörniger Sandstein gewählt wurde, ihre Gestalt. Der zu Sägen, zu Pfeil- und Lanzspitzen verwendete Feuerstein stammt teils aus dem schweizerischen Jura, teils aus Frankreich und Deutschland her. Die Instrumente zur Bearbeitung des Feuersteins, die wohl ebenfalls aus Feuerstein bestanden, sind zwar noch nirgends aufgefunden oder als solche erkannt worden. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß verschiedene Geräte aus Feuerstein auf den Pfahlbauten selbst verfertigt wurden. Beile aus Feuerstein kommen übrigens bei uns nicht vor, überhaupt halten im allgemeinen unsere Feuersteininstrumente mit denjenigen, welche in den nördlichen Ländern Europas gefunden werden, rücksichtlich der Mannigfaltigkeit der Form und der Ausarbeitung, und der Vollendung durch Schleifen und Polieren keiner Vergleich aus.

Zu Stichwerkzeugen, Spateln, Meißeln, Pfeil- und Speerspitzen benutzte man die Knochen kleiner Säugetiere und Vögel, zu den größeren Geräten aber die Rippen und Sagenbeinknochen der Rehe und Hirsche und die Ellbogenknochen verschiederer Wiederkäuer. Mit der Feuersteinsäge wurden die Röhrenknochen dieser Tiere der Länge nach, häufig längs der Vertiefung der Gefäßrinne,

*) Wir entnehmen dieses Kapitel aus dem Leben der Ureinwohner Europas einer im Verlag von Dürr, Leipzig, erschienenen Sammlung Forscherfreunde, Sammlung aus allen Gebieten wissenschaftlicher Forschung. Von Hermann Berdrow und Dr. von Meuten.

von den Leiden einer unschuldig im Zuchthaus eingewickelten Frau. Diebstahl brachte man zwei Anträge auf vorläufige Haftentlassung der Frau Hamm ein. Beide Anträge wurden unter der Bedingung genehmigt, das Parlament dürfe nicht in ein schweres Verbrechen eingreifen, abgesehen. Indes, die Wahrheit ist auf dem Marsch, sie wird sich nicht mehr aufhalten lassen.

Offizier und Bürgerpack.

Erbauliches aus der königlich bayerischen Rechtspflege, mitgeteilt von der Münchener Post.

1.

Am 27. Juni 1913 kam das Dienstmädchen W. in Diensten bei dem Privatier E. in Ingolstadt, mit dem Burlesken des Herrn Oberleutnant Seider in Ingolstadt in Streit. Dem Oberleutnant war von E. zum 1. Juli 1913 gekündigt worden; er hatte schon mit verschiedenen anderen Mietspartei den Streit bekommen. Im Laufe der Streitzeit mit dem Offiziersburschen äußerte die Dienstmagd, die Oberleutnants seien eine Gesellschaft, die räumten ihren Dreck nicht weg; die seien eine Brut.

Der Vorkauf war erledigt; der Herr Oberleutnant hätte nach Gesetz und Recht vor dem Zivilgericht klagen können. Es kam anders. Die Oberleutnantsfrau — gebildet — konnte die dummen Sprüche des Dienstmädchens — ungebildet — nicht verschmerzen. Also schickte sie schließlich nach dem Oberleutnant, der ebenfalls keinen Dienst verließ und angelassen kam — wegen des Dienstmädchens war er immer noch „geladen“; die Oberleutnantsfrau deutet auf sie und sagte zu ihrem Mann: „Die da hat's (Brut) gesagt“ und das Dienstmädchen antwortete: „Das seid Ihr auch.“ Darauf zog der Offizier ritterlich den Säbel und schlug zweimal auf das wehrlose Frauenzimmer los!

Aus Empörung hierüber äußerte die anwesende Privatiersfrau E. dem Oberleutnant: „Woi Teufel, Sie sind ein altes Wackweib, daß Sie sich in solche Dinge so hineinmischen; schämen Sie sich, als Offizier den Säbel gegen eine Frau zu ziehen.“ Nun ging der Offizier auf gegen diese — wehrlose — Frau los und schlug sie mit der Hand „kräftig“ (eigene Oberleutnantsworte) ins Gesicht. (!) Um diesen rechtswidrigen Angriff abzuwehren, ergriff die E. einen Schrubber und schlug zu; der Herr Oberleutnant schlug nun mehrmals mit dem Säbel „absichtlich scharf“ (eigene Oberleutnantsworte) auf die Frau E. ein, so daß diese an den Händen blutende Wunden davontrug. (!) Frau E. wiederholte in Empörung über das neuerliche Säbelhauen den Ausdruck: „Alles Weib.“

Der Ehemann der E. kam hinzu und sagte zu dem Herrn Offizier: „Wenn Sie nicht augenblicklich Ihren Säbel einstecken, zerbreche ich ihn.“ Viele deutliche Worte eines kräftigen Mannes veranlaßten den Offizier — seinen Säbel einzustecken; durch diese Reueherung war er nicht beleidigt. Er durfte sie nach seinem Ehrentode ruhig einstecken; nur den wehrlosen Frauen gegenüber mußte er mit dem Säbel zuschlagen.

Dies der Sachverhalt, an dem nicht zu deuteln und zu rätseln. Nachzutragen wäre, daß der Herr Oberleutnant sich zunächst nicht „erinnerte“, ob er auch die Dienstmagd mit dem Säbel mißhandelt habe; er — der Krieger — sei zu aufgeregter gewesen; später wurden zwar zwei Säbelhiebe gegen die Magd eingeräumt; ob er aber diese scharf oder nach führen „wollte“, konnte er wegen besagter Erregung nicht angeben. Daß der Herr Oberleutnant auch einem 64jährigen Wüterlein gedroht hatte, er schlage ihr einmal mit dem Säbel ein Paar hinan, vervollständigt das Bild deutlichen Mannesmutes und deutscher Ritterlichkeit.

II.

Der Privatier stellte gegen den Oberleutnant beim Kriegsgericht Ingolstadt am 30. Juni 1913 Strafantrag wegen Mißhandlung der zwei Frauen, Herr Oberleutnant am 16. Juli beim

Kriegsgericht Ingolstadt gegen die Frau E. und deren Dienstmagd wegen Beleidigung. In der kriegsgerichtlichen Verhandlung in Ingolstadt beantragte der Anklagevertreter insgesamt 2 Monate 15 Tage Festung wegen der Säbelhiebe auf die Magd, auf „schuldig“ aber „straffrei“ wegen des Schlags ins Gesicht der Frau E.; wegen der Säbelhiebe auf die Frau E. wurde Oberleutnant Seider — freigesprochen. Berufungsoberhandlung vor dem Rittenberger Oberkriegsgericht am 24. Oktober 1913, da der Oberleutnant wegen der 45 Tage Berufung eingelegt hatte. Urteil: vollkommener Freispruch wegen — Notwehr! „Als Offizier war Oberleutnant Seider zur Preisgabe seiner Rechte (des blinden Zuhauens auf Frauen!) durch die Notwehr verpflichtet.“ Also Notwehr, wenn der Mann, der starke, ritterliche Offizier einer Frau ins Gesicht geschlagen, diese sich's nicht gefallen läßt und dann Herr Oberleutnant die Frau mit dem Säbel blutig schlägt; Notwehr, wenn Herr Oberleutnant nach Belieben einen niederknallt.

III.

Am 19. November wurden die E. und ihre Dienstmagd von dem bürgerlichen Amtsgericht Ingolstadt unter dem Vorsitz eines Regierungs-Ratrichters wegen Beleidigung des Säbelhelden abgeurteilt; die Magd bekam 10 Mark, Frau E. — 50 Mark Geldstrafe; sie wurde nicht für straffrei erklärt, wegen der — Mäßigkeit ihrer Beschimpfung.

Frau E. legte Berufung ein, denn sie konnte nicht begreifen, daß sie für die Säbelhiebe und Gesichtsschläge noch bezahlen müsse, während der Mann mit dem besonderen Ehrbegriff straffrei sei.

IV.

Am 23. Januar 1914 fand vor der Strafkammer des königlich bayerischen Landgerichts Eichstätt unter dem Vorsitz des königlichen Landgerichtsdirektors Höchert die Berufungsverhandlung statt. Der Vertreter des Herrn Oberleutnants meinte: Wenn Herr Oberleutnant nicht mit dem Säbel angeschlagen hätte, wäre er heute nicht mehr — Offizier! Der Verteidiger der Angeklagten meinte: Zu allen Zeiten habe es als eine schimpfliche und ehrlose Handlung gegolten, ein Weib zu schlagen. Das Recht verlange nun mindestens die Straffreierklärung der Frau E., wenn der Offizier mit der Waffe teils ganz freigesprochen, teils für straffrei erklärt sei.

Die Verurteilung wurde verworfen. Der Richter fand kein Wort, keine Silbe der Art über das Verhalten des Mannes mit dem Säbel, wohl aber zog die Göttin der Gerechtigkeit auch noch über die mißhandelte Frau los; sie (die blutiggeschlagene!) sei in ganz brutaler Weise vorgegangen! Ein Skandal!

Die Beratung dauerte keine Minute.

Das Schuldig stand schon vor der Verhandlung fest. Eine ganz weidliche Leistung bayerischer Gerechtigkeit; der Triumph einer wahrhaft volkstümlichen Rechtspflege! Auch in Bayern wäre Gabeln möglich!

Damit die Parität gewahrt bleibt, noch eine preussische Leistung. Vor dem Kriegsgericht in Bonn stand unter Anklage ein Sergeant der Bonner Infanterie. Er war beschuldigt, in der Nacht zum 13. Oktober vorigen Jahres auf öffentlichen Straßen der Stadt Bonn harmlose Passanten überfallen und mißhandelt zu haben. Die Verhandlung ergab diesen Tatbestand. Der Sergeant hatte in der fraglichen Nacht die Wirtschaftspatrouillen geführt. Er war in Gesellschaft eines anderen Unteroffiziers nach Beendigung des Dienstes mit einem dienstfreien bekannten Schutzmann zusammengetroffen, worauf noch verschiedene Wirtschaften aufgesucht worden waren. Auf dem Nachhausewege sind die Leute dann auf dem Stillschlage i. eine Schlägerei geraten, wobei der besagte Sergeant mehrere Stockschläge bekommen haben soll. Festgestellt ist ferner, daß der beteiligte (nicht beklagte) Unteroffizier einen Stockschlag über die Nase erhalten hat, da er bewußtlos hingefallen ist. Er hat sich jedoch bald wieder erholt.

Nah und Fern.

eingehalten und in zwei Hälften getrennt, von denen dann, wenn der Bruch glücklich ausfällt, jedes Stück einen Gelenkknochen als natürliche Handhabe erhält. Zur Vollendung des Werkzeuges nahm man die Schleifsteine zur Hilfe.

Wählt den Knochen hat sich das Horn, namentlich das Hirschhorn, auch und Rehgehörn als der zur Herstellung größerer Stechwerkzeuge, Dolche und dergleichen, passende Stoff dar. Die vom Horn abgehobenen Enden wurden auf dem Schleifsteine abgehoben, zunächst auch zum bequemeren Tragen oder Aufhängen am Hüften Ende durchbohrt. Sehr auffallend ist, daß bis jetzt noch keine Geräte aus dem Hörnern von Ochsen, Ziegen, Widhern, deren Gehörnte sich doch vorfinden, bemerkt wurden. Zu Schneidwerkzeugen wählte man sehr gern die Hörner der Elber, zu Amulett und Halsbändern diejenigen der Bären, Wölfe und vieler anderer Tiere.

Als Holz in Form von Weiden und Weiden sind, wie oben bemerkt, die Weiden erbaute. Diese mit trocknen Auswüchsen versehenen als Schlägel und Keulen, verschiedene kleinere Werkzeuge, sowie auch Geräte der Hauswirtschaft, zum Beispiel Körbe, Schalen, Behälter, ebenfalls aus Holz. Große Stämme von Eichen sind durch Feuer und Schwamm ausgehöhlt und zu Röhren tauglich gemacht, und Stangen aus dieser Holzart als Lanzen gebraucht worden. Sehr verschiedene Stränder haben sich zu Seilen und Schnüren verarbeitet.

Eine nähere Betrachtung verdienen die Tongefäße, welche in großer Menge, leider nur in Scherben, zum Vorschein kommen. Das Material der Töpfe mag auf den Hochbäumen, das Brennen am Lande durchgeführt haben. Dem Stoffe nach teilten sich sämtliche Gefäße in eine grobere Sorte, für die der Ton mit Steinfröhen hart bemengt wurde, und in eine feinere, wozu gereinigter Lehm, in einzelnen Fällen mit geringer Beimischung von Rohlehm benutzt wurde. Die Form der Gefäße, welche die alten Anfindungen liefern, ist nicht sehr mannigfaltig. Urnen mit harter Ausdehnung und dünnen Wänden sind nicht häufig; auch kommen keine hohen schalenartigen Gefäße vor, und die Form derselben nähert sich im allgemeinen dem Zylinder. Was die Verzierungen betrifft, die auch der reiche Mensch auf seinem Geräte anzubringen pflegte, von der Natur gegeben wird, so beschränken sie sich auf Buckel oder Einbuckel, die mit dem Finger oder mit Stäbchen ausgeführt sind. Die schalenartigen Ornamente zeigen sich in ihren Anfängen an einzelnen Behältern ausgezeichneten Stücken, ebenso die Bemalung mit Graphit und Rotstein.

Die Bekleidung der Kolonisten bestand zum Teil aus den nicht oder weniger verarbeiteten Fellen und Häuten der wilden und zahmen Tiere. Da es Tausche ist, daß unter den letzteren sich auch des Schaf bedient, so war für die kaltere Jahreszeit der beste Kleiderstoff vorhanden. Flach in unzweifelhaft geflochten und gewebt, ebenfalls zur Bedeckung des Körpers benutzt worden.

Die Nahrung der Viehdorfbewohner bestand, nach dem bisher Gefundenen zu schließen, teils in tierischen Stoffen, nämlich im Fleische der Jagd- und Haustiere und der Milch der letzteren, teils in Pflanzenstoffe worunter Getreidemehl, im Tüpfel gekocht, oder zu Brot gebacken, oben stand. Auch die Früchte wild wachsender Bäume und Sträucher, des Holzapfels und der Holzbirne, der Schlehe, der Haselnuß besonders aber der Himbeeren und Brombeeren, wurden nicht verachtet. Ueberreste von allen diesen Früchten sind namentlich zu Wangen massenweise entdeckt worden.

Kinderhandel. Die Münchener Polizeidirektion teilt mit: Am 6. November 1913 erschien im Frankfurter Generalanzeiger eine Annonce mit Chiffre D. 504 folgenden Inhalts: Kind diskreter Geburt, beliebigen Alters, wird sofort in kindstoltem gutsituiertem Ehepaar gegen einmaligen Erziehungsbeitrag von 600 Mark an Kindesstatt angenommen. Die in Frankfurt am Main wohnhafte Mahilde F., Mutter eines 9 Monate alten Knaben hatte auf eine entsprechende Offerte hin am 14. November 1913 im Frankfurter Hauptbahnhofe eine Zusammenkunft mit einer angeblichen Frau M. Höniger, Fabrikbesitzerstochter aus Zürich, in deren Begleitung zwei Kinder, ein Junge im Alter von circa fünf und ein Mädchen von circa vier Jahren, und ein angeblicher Vater waren, der sich R. Kirchgeßner aus Heidelberg nannte und die Verhandlungen mit F. führte. Der angebliche Kirchgeßner ließ sich von F. 500 Mark als Erziehungsbeitrag auszahlen und übergab das Kind der angeblichen Frau Höniger. Diese wohnte nach eine Nacht mit den Kindern in einem Hotel, in dem sich Kirchgeßner, ohne selbst dort zu wohnen, als Ehemann der Höniger ausgab. Am 15. November 1913 ist Höniger mit den Kindern spurlos verschwunden. In Zürich und Heidelberg waren die Beteiligten nicht zu ermitteln. Anscheinend handelt es sich um einen gemeingefährlichen Schwindel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kind aus dem Wege geräumt oder zu einem billigeren Preise weiter in Adoption gegeben worden ist. Sachdienliche Angaben werden erbeten von der Polizeidirektion in München, Zimmer Nr. 80.

Das Verfahren gegen den Massenmörder Wagner eingestellt. Der Hauptkretzer Wagner, der am 5. September vorigen Jahres in dem württembergischen Dörfchen Mühlhausen fünfzehn Personen erschoss und elf verwundete, ist infolge des Beschlusses der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt und dauernd in eine Irrenanstalt übergeführt worden. Der Beschluß stützt sich auf die psychiatrischen Gutachten der Professoren Gaupp-Tübingen und Wolkenberg-Strasbourg. Beide Gutachter stimmen in dem Ergebnis überein, daß der Angeklagte zur Zeit der Begehung der Straftaten zweifellos an chronischem Verfolgungswahn litt. Dieser Auffassung trat auch das Gericht bei und erlangte die Ueberzeugung, daß der Angeklagte die Straftaten unter dem Zwange einer die freie Willensbestimmung ausschließenden krankhaften Störung der Geistestätigkeit beging, also strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die abschließende Hauptverhandlung konnte nach der Meinung der Strafkammer unmöglich zu einem anderen Ergebnis führen. Deshalb soll von dem Hauptverfahren abgesehen werden.

Cosgelöste Eischolle. Eine Eischolle, auf der sich 447 Fischer beifanden, teils Finnländer aus Labanart, teils Russen, löste sich von der finnländischen Küste los und landete bei der kleinen Insel Sessaer. Der Eisbrecher Tarmo ging mit Lebensmitteln zur Hilfeleistung ab.

Die viertgrößte Stadt Preußens. Die Stadtverordneten von Essen genehmigten in einer Geheim Sitzung die Eingemeindung der drei Vororte Borbeck, Breitenweg und Altessen. Die Einwohnerzahl Essens steigt dadurch von 320 000 auf 446 000 Personen, womit Essen unter dem preussischen Städten an vierter Stelle rangiert.

Über 1000 Menschen erkrankten nach dem Bericht des Gouverneurs bei den Ueberschwemmungen im brasilianischen Staate Bahia.

Nach der Schutzmantel und dessen Frau, die sich in der Gesellschaft befand, sollen inhaftiert worden sein. Nun hat der Angeklagte seinen Säbel gezogen, worauf die Angreifer auseinanderstoben. Der Angeklagte ist nunmehr mit dem Säbel in der Faust durch die Kölnstraße und die Bonngasse gerannt und hat dort eine Anzahl von Personen tödlich angegriffen und mehrere von ihnen verletzt. Es handelte sich dabei durchweg um Personen, die an der vorhergehenden Schlägerei unmöglich beteiligt gewesen sein konnten. Die Beweisaufnahme ergab auch, daß der Sergeant gar nicht hätte annehmen können, die angefallenen Personen seien seine Gegner gewesen. Es wurde festgestellt, daß ein harmloses seines Weges gehender Uhrmacher von dem Amokläufer in Uniform einen Säbelhieb über den Kopf bekommen hat, der eine bedenkliche Wunde hinterließ; ferner ergaben die gerichtlichen Vernehmungen, daß ein Schriftföhrer ebenfalls schwer mit dem Säbel mißhandelt worden ist, während ein Student von dem totenlustigen Hufaren, der anscheinend auch das frischfröhliche Reiten gegen den Feind nicht abwarten kann, mit einem Faustschlag traktiert worden ist. Es wurde zweifellos erwiesen, daß keiner der von dieser Hufaren-attacke Betroffenen dem Angreifer zu seinem Vorgehen auch nur den geringsten Anlaß gegeben hat.

Der Vertreter der Anklage schenkte dem Angeklagten nichts. Er hält ihm vor, daß er ja „wie ein Berferker“ auf Leute losgegangen sei, die ihm nichts zuleide getan hätten. Hier sei eine erhebliche Bestrafung am Platze; er beantrage zwei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger machte in seiner Rede gegen den Antrag des Anklagevertreters die freisprechende Praxis des elsass-lothringischen Oberkriegsgerichts mobil, indem er wörtlich sagte, man möge den Angeklagten doch „schon in erster Instanz freisprechen“.

Das Kriegsgericht sprach den Angeklagten frei. Auch die Begründung des Urteils zeigt interessante und bemerkenswerte Parallelen mit dem Urteile des Straßburger Oberkriegsgerichts. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, der Angeklagte habe in „vermeintlicher Notwehr“ gehandelt.

Wie wir hören, sollen bis jetzt in Bonn von diesem Urteilsprüche am meisten die — Lebensversicherungs-Agenten profitiert haben!

Aus Westpreußen.

Koalitionsrechts-Versammlungen in Westpreußen. Wegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Scharfmacher aller Grade, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten oder einzuschränken, protestierte die Arbeiterschaft in Westpreußen in 24 Versammlungen, die zum Teil überfüllt waren. In allen von ihnen wurden Resolutionen angenommen, die nicht nur gegen die Belüste der Gegner des Koalitionsrechts in schärfster Weise Stellung nahmen, sondern auch eine Erweiterung des Koalitionsrechts forderten. Die Resolutionen wurden dem Reichstag und den Reichstagsabgeordneten zugesandt. Hoffentlich erleben die Abgeordneten der westpreussischen Wahlkreise daraus die Meinung der Arbeiterschaft und richten sich nach ihr. Nach den Erfahrungen, die wir allerdings mit den Herren Dörksen, Witt, v. Halem, Baron Knigge, Freiherrn v. Kamp und den verstorbenen Pfarren Zürn gemacht haben, ist kaum anzunehmen, daß die Meinung des arbeitenden Volkes respektiert werden wird. Hielt es doch Herr v. Kamp, der zu der Versammlung in Jastrow durch eingeschriebenen Brief eingeladen war, gar nicht der Mühe wert, auf den Brief eine Antwort zu erteilen. So wird die Stimme des Volkes von dem Herrn Abgeordneten nach der Wahl beachtet! Vor der Wahl wird alles Mögliche versprochen, nach der Wahl aber das Volk brüskiert. — Die Versammlungen fanden in folgenden Orten statt: Elbing, Marienburg, Danzig, Heubude, Odra, Oliva, Weichselmünde, Veltzauerweide, Steegen, Stutthof, Nickels.

60 000 Ballen Baumwolle verbrannt. In Houston (Texas) sind einem Telegramm zufolge, in den Schuppen der Southern Pacific-Bahn in den Clinton-Docks ungefähr 60 000 Ballen Baumwolle verbrannt. Der Schaden beträgt vier Millionen, nach anderen Schätzungen fünf Millionen Mark.

200 Soldaten an Scharlach erkrankt. In Le Mans (Frankreich) ist unter der Garnison eine Scharlachepidemie ausgebrochen. In 200 Personen liegen krank im Militärhospital, das durch Baracken vergrößert werden mußte. — In Tours sollen mehrere hundert Soldaten an Typhus und Malaria erkrankt sein.

Vom Streikbrecheragenten ermordet. In Teischchen in Böhmen schoß der Streikbrecheragent Kelling aus Berlin, der arbeitswillige deutsche Seher nach Oesterreich gebracht hatte, den Maschinenmeister Solinger von der Bodenbacher Parteidruckerei nieder. Solinger ist am Morgen des 9. Februar gestorben.

Humor und Satire.

Der Habersack.

v. Oldenburg-Januschau in Thron: In bezug auf die preussische Wahlrechtsfrage heißt es: „Hand vom Sach, 's ist Haber drin!“

Es war einmal ein Habersack,
Hi — Ha — Habersack,
Den sah voll Reid das Pöbelpack,
Pi — Pa — Pöbelpack,
Doch konnte es nicht ran,
Dieweil so mancher edle Gaul
Nie kriegte voll genug das Maul
Und wullt' stets noch mehr han.

Es sah auf diesem Habersack,
Hi — Ha — Habersack,
Ein fetter Herr im Adelsfrack,
H — H — Adelsfrack,
Und hielt sich seinen Bauch:
Ich siße hier gar weich und warm
Mit einem dickgefüllten Darm
So rund als wie ein Schlauch.

Der Habersack, es ist mein Thron,
Thri — Thra — ist mein Thron,
Gefellig durch die Tradition,
Tri — Tra — Tradition:
Er gibt mir alles her,
Denn freß' ich mich auch dia' und dhun
Und freß' ich ohne auszuruhen:
Der Sack wird niemals leer.

Ich wäre ja kein edler Sproß,
i — a — edler Sproß,
Ich wäre ein Rhinogeros,
Rhi — Rha — nozeros,
Gäh' ich dem Plebs und Pad
Auf diesen Futterack ein Recht.
Hihi, haha, du dumme Knecht,
Hand weg vom Habersack!
Spervogel der jüngste.

Wald, Bürgerweifen, Marxenwerder, Graubenz, Gohlershausen, Strasburg, Thorn, Dr. Stargard, Platon, Vandsburg, Hammerlein, Larnowka, Dr. Friedland und Jastrow. Referenten waren die Genossen: Brill, Cornelien, Finjel, Gohl, Leu, Käthe Leu, Loops, Meyer, Peter, Schulz, Schröder und Wollermann.

Danzig.

Das Plakatmonopol der Firma Kafemann

und einige andere höchst interessante Dinge beschäftigten die Stadtverordneten am 8. Februar recht eingehend. Die Auseinandersetzung hatte eine sehr lehrreiche Vorgeschichte, die nacheinander tief blicken läßt.

Dem Magistrat ist es sogar aufgefallen, daß der Verlag der freisinnigen Danziger Zeitung, die Firma A. W. Kafemann, als Pächter der städtischen Anschlagtafeln jährlich nur das Spottgeld von 4500 Mark zahlte. Vom 1. April dieses Jahres sollten die Säulen auf 10 Jahre neuverpachtet werden. An der Ausschreibung beteiligten sich diesmal auch auswärtige Interessenten, u. a. aus Wilmersdorf, Königsberg und Stettin. Die Firma Kafemann hätte in dieser Situation eigentlich schon wegen ihres sonst hochgelobten Lokalpatriotismus den Vorteil der geliebten Vaterstadt wahren und ein anständiges Angebot machen sollen. In dem Moment, wo ihr das Feuer der auswärtigen Konkurrenz so stark auf den Nägeln brannte, wäre das sowieso kein besonderes Verdienst gewesen. Der freisinnige Patriotismus betätigte sich aber bei den neuen Preisangeboten in ganz eigentümlicher Weise. Die Firma Kafemann, die am besten weiß, wach sehr respektable Gewinn ihr bleibt, bot nur sehr zögernd über ihre geliebten 4500 Mark hinaus. Erst unter dem Drängen der Konkurrenten steigerte sie sich allmählich ihre Gebote. Über 10000 Mark hinaus ging sie nicht, weil sie angeblich nicht mehr zu zahlen vermochte. Höchstbietender blieb die Firma Lenzner-Stettin mit 15500 Mark. Alle auswärtigen Firmen hatten wesentlich mehr als der gute Danziger Kafemann geboten!

Und nun ereignete sich aber etwas noch Ungewöhnlicheres. Die lokalpatriotische Firma, die mit blutendem Herzen unter keinen Umständen mehr als 10000 Mark bieten konnte, ging nach der Ausbietung zum Magistrat und bot ihm 15500 Mark, wenn sie den Zuschlag erhält! Sie war also urplötzlich zu der Einsicht gekommen, daß sie für die 10 Pachtjahre 55500 Mark mehr zahlen konnte, als ihr vorher möglich war!

Dieser Vorschlag ist fast noch überwältigender, als die vornehme Haltung der Monopolfirma überhaupt. Mit ganzem 50 Mark über das Höchstgebot wollte sie sich das überaus glänzende Geschäft zurückkaufen. So uneigennützig entgegenkommend können königliche Kaufleute von freisinnigstem Geblüt sein!

In der Stadtverordneten-Versammlung wurde ein eigenartiger Streit um den Profit der Firma Kafemann ausgekämpft. Niemand von den Stadtverordneten und auch kein Magistratsvertreter kam auf die räuseligende und allein die Interessen der Stadt und ihrer Bürger sichernde Idee, die Säulen in städtischen Eigenbetrieb zu nehmen. Das wäre für die Stadt nicht nur das beste Geschäft gewesen, sondern hätte auch die unerträgliche Plakatzensur der freisinnigen Firma wenigstens etwas gemildert. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß die Pächterin die Zensur viel rigorosier als die Polizei handhabte. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde aber, trotz dieser Tatsachen, selbst vom Magistrat, noch das - Entgegenkommen der Firma gelobt! Sonst beantragte Rechtsanwalt Zander und neben ihm der Zentrumsheilige Klawitter, natürlich nicht zur Wahrung des Profites von Kafemann, die wiederholte Ausschreibung der Säulenverpachtung so wie es Kafemann vorgeschlagen hatte. Die Firma hatte sich schriftlich bereit erklärt, bei der neuen Verdingung als niedrigstes Gebot mit 15550 Mark zu beginnen. Ihr Verfahren fand von verschiedenen Seiten, besonders durch die Schwarzblauen, scharfe Verurteilung. Am schlimmsten kam dabei der fromme Zentrumsmann Klawitter ins Gedränge. Sein Fraktionsführer Schmidt sagte ihm ganz offen, daß die Firma nur deshalb bis 10000 Mark geboten habe, weil sie ihre Freunde in der Versammlung habe, die die Sache schon so drehen würden, um ihr das Geschäft wieder zuzubringen! Darob ergrimmt Klawitter und versichert, daß er, der Held der christlichen Kauttionen, sich nur bemühe, das heimische Gewerbe möglichst zu fördern! Auf einen Zwischenruf des Oberbürgermeisters brauste der berühmte schwarze Mann sogar entrüstet auf und forderte nicht weniger, als daß der Ober ihn „für intelligenter und für klüger“ halten solle. Das ließ sich nun bei objektiver Beurteilung zu schwer machen. Und gleich darauf bewies auch Klawitter, was er unter klug und intelligent versteht. De- und wehmütig hat er den Ober um Entschuldigung, weil er ihn bei seiner Attacke ganz falsch verstanden habe! Es war wirklich nett, als Scholz darauf kühl erwiderte, er hätte ihm das auch sonst nicht übel genommen! Diesen klozigen Sieg Klawitters unterschlägt sogar sein schwarzes Leibblatt, was ihn auch kaum trösten dürfte.

Schließlich siegte Kafemann und die von dieser Firma vertretene geschäftliche Moral. Der Antrag des Magistrats, die Stettiner Firma als Pächterin zu bestimmen, wurde einstimmig abgelehnt!

Es soll nunmehr die Ausschreibung wiederholt werden. Aus dem nachträglichen Angebot Kafemanns sieht man, wach ungemein lukratives Geschäft für die Firma gefährdet ist. Würde sie nicht jährlich viele tausende Mark in Gefahr sehen, so hätte sie sich die Blamage sicher erspart. Um so nachdrücklicher sollte die Stadtverwaltung den Bedanken der eigenen Regie für das Plakatwesen fördern.

Gerade die Danziger Zeitung der Firma Kafemann weiß so schön zu beweisen, daß die Stadt nur deshalb nicht mehr in sozialer Fürsorge tun kann, weil ihr dazu die Mittel fehlen. Ihr Verleger brandschmägt aber die Stadt kaltblütig und läßt lieber zu, daß Tausende armer Kinder hilflos hungern, ehe er einen halbwegs angemessenen Pachtpreis zahlt. Das ist auch ein Beispiel freisinniger Volksfreundlichkeit! Statt bisher 4500 Mark kann die Firma jetzt schon 15550 Mark zahlen. Wie viele Tränen der Armut hätte die Stadt mit diesen 11000 Mark trocknen können, die in jedem Jahre in der Tasche des Verlegers geblieben sind. Er hat dann aber wohl auch großmütig in unüberwindlicher Wohlthätigkeit 10 Mark pro Jahr für die Armen gespendet. Ein herrliches Muster bürgerlicher Wohlthätigkeit!

Ein Bluff.

Das sozusagen geistige Material, mit dem die Angestellten des nationalliberalen Scharfmachers Fuchs die armen Leser seiner neuesten Nachrichten malträtieren müssen, ist in neuester Zeit erheblich beschränkt worden. Die standesamtlichen Nachrichten, die Mitteilung der Geburten, Aufgebote, Eheschließungen und Todesfälle, gehörten unstreitig zum zugkräftigsten Teile dieses eigenartigen Intelligenzblattes für den Stamm seiner Leserschaft. Der Regierungspräsident von Danzig hat neuerdings, nach dem älteren Vorbilde seiner westlichen

Kollegen, die bisherige Veröffentlichung der Auszüge aus den Registern der Standesämter verboten. Es dürfen jetzt nur noch die Namen der Gestorbenen veröffentlicht werden. Die Nachbarin oder gute Freundin kann jetzt also nicht mehr brühhwarm aus ihrem Leib- und Magenblatte erfahren, daß irgend eine mehr oder minder geliebte Zeitgenossin in den Stand der Ehe getreten ist oder sonst eine Bemühung des Standesamtes notwendig machte. Der Regierungspräsident will dieses Verbot aus sittlichen Gründen, zur Bekämpfung des „Gebärtsrelks“, erlassen haben.

Für die Firma Fuchs ist das Verbot ein schwerer Schlag. Selbst der wunderbarste Schauerroman, mit dem sie sich gegen die deutsche Literatur verlobt, kann diese klaffende Lücke nicht ausfüllen. Da soll nun ein genialer Reklametricht helfen. Vor allen Dingen sollen die neuesten Nachrichten als das einzige und wahre Blatt des Volkes festgesetzt werden. Durch eine besondere Berufszählung will der Verlag den böswilligen Verkleinern den Mund stopfen, die ihn nur als Einwickelpapierfabrik gelten lassen. Besonders aber wollen die neuesten als das Blatt der Arbeiterchaft ihr Jahreshundert in die Schranken fordern.

Mit diesem Trick wird die Firma Fuchs keinen Urteilsfähigen verblüffen. Bewiß wird sie ohne Schwierigkeit durch ihre Umfrage feststellen können, daß ihr Druckpapier in sehr vielen Arbeiterwohnungen - abgeliefert wird. Was beweist der Umstand aber für die Gründe, aus denen das Blatt abonniert wird und für den Einfluß, den es besitzt? Vor mehreren Jahren war die konservative Danziger Allgemeine Zeitung so boshaft, dem Fuchs'schen Inseratenpapier das schöne Zeugnis auszustellen, daß es besonders für die Bedürfnisse der Wäscherinnen und Aufwärterinnen fabriziert wurde und in den Straßen hinter Adlers Brauhaus usw. sein geistiges Zentrum besitze. Wir können natürlich nicht gelten lassen, daß die Proletarier, die dort wohnen, diesen Vergleich verdient haben. Im allgemeinen wird man aber nicht leugnen können, daß das konservative Blatt mit Rücksicht auf die Vorstellungen, die das „gute Bürgertum“ mit seinen Straßen und Berufen verbindet, durch aus das Richtige getroffen hat. Wie dann aber selbst die gehäufte Zahlen das Gegenteil beweisen sollen, ist unerfindlich.

Eine wirkliche Volksabstimmung über den Wert des reaktionären Blattes nahmen die neuesten Nachrichten bereits durch ihre erbärmliche Haltung zu den Ausschreitungen des Militarismus in Zabern vor. Hätte das Blatt auch nur den geringsten praktischen Einfluß, so hätte ganz Danzig vor Entrüstung über diejenigen, die in Zabern ihrer Freiheit beraubt und mißhandelt wurden, überschäumen müssen. Jeder Leutnant hätte hier seinen Fackelzug erhalten müssen. Aber nichts von alledem ist geschehen. Zu der Entrüstung über die Mißhandlung des Volkes in Zabern gestellte sich nur die Empörung über das „unparteiliche“ Blatt, das seinen wenigen politisch denkenden Lesern frech ins Gesicht spie. Ueber das Abonnement der neuesten entscheiden leider ganz andere Dinge, als die Stellungnahme zu ihrem sogenannten politischen Teile. Auch die Berufszählung und der Wille des Mannes sind in sehr vielen Familien darauf abseht ohne Einfluß. Deshalb kann die sogenannte Berufszählung, auch wenn sie formell in ganz ehrlicher Weise durchgeführt wird, nur auf eine nach jeder Richtung völlig irreführenden Täuschung der Öffentlichkeit hinauslaufen.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 5. Woche vom 25. bis 31. Januar 1914.

1. Geburten der Vorwoche:

männlich	lebend	tot	überh.
58	1	58	
weiblich	63	1	64
zusammen		121	122
darunter uneheliche		23	23
darunter Mehrgewurten		0	0

Die unehelichen Geburten sind 18,9%
die Totgeburten 8,2%
der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen: 16.

3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

1. Kindbettfieber	2	
2. Scharlach	1	
3. Malaria und Röteln	1	
4. Diphtherie und Krupp	1	
5. Keuchhusten	6	
6. Typhus	7	
7. Tuberkulose	5	1
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	4	3
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	5	
10. Gewalttätiger Tod	29	12
11. Alle übrigen Todesursachen	60	16
zusammen		116
darunter: männlich		30
weiblich		30

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: (Eingeklammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs Erkrankte und nach Danzig übergeführt.) Scharlach 15, Diphtherie und Krupp 4 (1), Unterleibstypus 2, Kindbettfieber 1 (1), Granuloze 2.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1381, davon aus Rußland 11, Österreich 5, Holland 4, England, Schweden, Dänemark und Spanien je 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter eheliche	darunter eheliche
Umgezogene innerhalb der Stadt	212	174	386	143	110
Zugezogene von auswärts	152	112	264	121	76
Fortgezogene nach auswärts	219	139	358	174	95

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet betrug die Zahl d. Geborenen einchl. Totgeburt. 35,3 (Vorwoche 32,5) betrug die Zahl d. Sterbefälle einchl. Totgeburt. 17,4 (Vorwoche 17,7) betrug die Zahl der Eheschließungen 4,6 (Vorwoche 3,4).

Die 72487. Ehrung.

Unter all den Kundgebungen, die dem Oberst v. Reutter aus den Kreisen der echten Preußen zuzugingen, verdient eine - irren wir nicht, ist es die 72487. - besonders erwähnt zu werden. Die in Danzig und Umgegend wohnenden Alten Herren der Vereine Deutscher Studenten sandten am 4. Februar an den von Zabern nach Frankfurt a. O. als Kommandeur der 12. Grenadiere versetzten Oberst v. Reutter folgenden drahtlichen Gruß:

Daß sie labern, laß sie labern
Ueber Elsaß, über Zabern,
Du bist jetzt die größte Zier
Für den zwölften Grenadier.
An der Spitze deutscher Streiter
Immerdar ein Oberst Reutter.
Von der Memel bis zum Rhein,
Deutschland, du magst ruhig sein.

Wenn der oder die Dichter die Mahnung, daß Deutschland ruhig sein sollte, nur selbst befolgt hätten. Man riecht ja förmlich den Bockbiergeist, der das Poem gebar.

zu der Ansicht gekommen, daß es unverantwortlich ist, die Verbraucher von Automaten noch länger in der bisherigen Weise zu überfordern. Der Kubikmeter Gas kostet bekanntlich für die besseren Verbraucher 14 1/2 Pfennig. Für die meist aus armen Leuten bestehenden Automatenbesitzer wird er angeblich mit 17 1/2 Pfennig berechnet, tatsächlich kostet er aber in vielen Fällen wegen der zur Anwendung kommenden „Abrundung“ 20 Pfennige, der Preis stellt sich hiernach allgemein um 20 Prozent und vielfach sogar um 40 Prozent höher als ihn die reichsten Leute zahlen müssen. So etwas nennt man im Rathause soziale Berücksichtigung der Schwachen.

Nun schlug der Magistrat eine Herabsetzung des Preises nur für die größeren Verbraucher durch Gewährung von Rabatt vor. Die kleineren, die am schwersten getroffen werden, sollen nach wie vor die unvernünftig hohen Preise zahlen. Der Rabatt soll erst bei einem Jahresverbrauch von mehr als 50 Mark Gas beginnen. Von 50 bis 75 Mark sollen 5 Prozent, von 75 bis 100 Mark 7 1/2 Prozent und über 100 Mark 10 Prozent gewährt werden. Dieses Schöngericht war selbst den Schwarzblauen gar zu dürftig. In der Stadtverordnetenversammlung am 6. Februar beantragte der Zentrümmer v. Brzinski allgemein die Gewährung von 10 Prozent Rabatt. Auch der Hirsch-Dunckerische Rat hatte von seinen kommerzienrätlichen Oberen die Erlaubnis erhalten, bescheidenlich um einen Rabatt für alle Verbraucher bitten zu dürfen. Stadtrat Runge setzte jedoch ein starres Nein entgegen, wodurch die pflichtmäßig wirkenden Blockade hoch befriedigt waren. Die Scheinrabattsätze des Magistrats wurden angenommen.

Wieder ein Todesopfer auf der Schiffsbauwerft. Auf dem Monddampfer Kolumbus stürzte der Kranführer Larga-Jewski ab. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Krankenhaus gebracht, wo er in der dem Unfall folgenden Nacht starb.

Bergiftung einer Familie. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag ist in Schidlitz die Familie des Veteranen Krause von einer Kohlenoxydvergiftung betroffen. Krause ist tot nach dem Bleihof gebracht worden. Seine Frau und der fünfzehnjährige Söhnchen liegen schwer krank im städtischen Krankenhaus danieder. Da sie nicht vernunftfähig sind, ist die Frage, ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, noch in Dunkel gehüllt.

Die chemische Fabrik Klotz & Schubert ist zahlungsunfähig. Die Schulden belaufen sich auf etwa 2 1/2 Millionen Mark.

Elbing-Marienburg.

Prachtkerle.

Der Landrat des weipreussischen Kreises Stuhm erzählt, wie wir bereits in einer der letzten Nummern mitteilten, auf einer Kaisergeburtstagsfeier, viele Eingeseffene seines Kreises waren so patriotisch gesinnt, daß sie ihn bei der Festschließung der Wehrsteuer gebeten hätten, ihre Besitzungen möglichst hoch zu taxieren, nur damit sie für das teure Vaterland mehr Wehrsteuer zahlen könnten. An die Uneigennützigkeit der Herren Agrarier zu glauben fiel etwas schwer. Wir sprachen darum die Vermutung aus, daß die Agrarier, die derartige Wünsche geäußert hätten, sich wohl nur bei dem Verkauf ihrer Güter eine bessere Position schaffen wollten. In der konservativen Elbinger Zeitung (Nr. 26) bestätigt jetzt ein Landwirt diese Vermutung. Raisen Herzogs meint der gute Mann:

„In der Elbinger Zeitung vom 28. dieses Monats las ich aus dem Kreise Stuhm die Mitteilung, daß viele Kreiseingeseffene bei Festschließung des Wehrbeitrags gebeten haben, den Wert der Grundstücke höher zu bemessen, um mehr Wehrbeitrag zahlen zu dürfen. Dasselbe ist übrigens auch im Kreise Kulm geschehen. Ich möchte nun meine Berufsgenossen darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren in ihrem eigenen Interesse liegt und auch die Landwirte außerhalb der Kreise Stuhm und Kulm nach diesem Vorbild handeln sollten. Ich glaube nicht, daß meine Berufsgenossen in den Kreisen Stuhm und Kulm den Wert ihres Grundstückes höher angeben werden, als es in Wirklichkeit ist. In bin der Meinung, sie werden nur gebeten haben, den Wert ihres Grundstückes höher angeben zu dürfen, als es der Gesetzgeber verlangt. Wollten wir den 25 fachen (Grundsteuer-) Reinertrag als Grundstückswert gelten lassen - wie es der Gesetzgeber fordert - so würden die meisten von uns von der Wehrsteuer befreit bleiben, denn das Gros der Landwirte hat viel mehr Hypotheken auf dem Grundstück, als der 25 fache (Grundsteuer-) Reinertrag ausmacht. Wir handeln nur in unserm eigenen Interesse, wenn wir uns an diese gesetzlichen Vorschriften nicht halten. Verkauften wir nämlich, oder geht das Grundstück durch Erbgang in andere Hände über und sein wirklicher Wert muß festgestellt werden, so wird der Wertzuwachs einer besonderen Steuer unterworfen. Als Wertzuwachs gilt derjenige Teil des Grundstückspreises, der über die Wehrfeuerveranlagung hinausgeht. Da nun die Wertzuwachssteuer oder Vermögenzuwachssteuer, wie sie genannt wird, ganz wesentlich höher ist als die Wehrsteuer, liegt es auf der Hand, daß meine Berufsgenossen in den Kreisen Stuhm und Kulm nicht nur patriotisch, sondern auch klug gehandelt haben. Ich kann es deshalb den Landwirten nicht dringend genug ans Herz legen, ebenso zu verfahren. Die Vermögenszuwachssteuer ist viermal so hoch als die Wehrsteuer. Jegliche Ersparnisse rächen sich also später.“

Ueber die agrarischen Gemütsmenschen kommt doch nichts. Es gibt wirklich auf Erden keinen Gegenstand, aus dem sie nicht klingendes Geld münzen könnten.

Das war wirklich längst notwendig. Der Elbinger Armenfriedhof, der „Sünderberg“, soll seines Charakters als Armenkirchhof entkleidet werden. Er wird zum Gemeindefriedhof umgewandelt und auch gärtnerisch veredelt werden. Auch eine neue Leichenhalle gelangt zur Erbauung. Die Kosten für diese Umwandlung betragen ungefähr 6000 Mark. Die Stadtverordneten werden sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem Projekt zu beschäftigen haben.

Über dies ist überflüssig. In einer geheimen Sitzung bewilligten die Elbinger Stadtverordneten dem Oberbürgermeister Merten eine Lohnerhöhung von 2000 Mark jährlich. Herr Merten erhielt bisher 13000 Mark und soll künftig 15000 Mark kriegen, wozu noch die Repräsentationsgelder für die Vertretung der Stadt im Landtage kommen. Wir sind der Meinung, daß für eine Stadt, die sich noch nicht einmal zu den Mittelstädten rechnen kann, 13000 Mark als Bürgermeistergelalt reichlich genug sind. Wer damit nicht auskommen kann, mag sich andernorts nach einer besser bezahlten Stellung umsehen.

Ein Opfer der bürgerlichen Stadtverwaltungsmethode wurde in Marienburg der Bäckergehilfe Leo Klotka aus Braunsvalde. Die bürgerliche Presse berichtet über den Fall in folgender Weise:

Töblicher Unglücksfall in Kalkhof. Der 25jährige Bäckergehilfe Leo Klotka, zuletzt in Braunsvalde tätig, ist in der Nacht zu Freitag von der zirka 6 Meter hohen Kai-

mauer, gegenüber dem Kaufmann Eggert, tödlich abgestürzt. Er wollte am kommenden Dienstag Hochzeit machen, und hatte zu diesem Zwecke bei dem hiesigen Kaufmann Herrn Metzger seinen Getränkebedarf gedeckt. Danach soll er mit einem Bekannten nach Kallhof gegangen sein und zwar auf dem Damm. Um sich zu erwärmen, ist er vorgelaufen und dann an dem Damme, das mangelhaft oder gar nicht beleuchtet war, abgestürzt, da er die Ortsverhältnisse nicht kannte. Es ist dies der zweite Todesfall an derselben Stelle und auf dieselbe Art und Weise. Es wäre gut, wenn an dieser gefährlichen Stelle ein Geländer wäre und auch eine gute Beleuchtung, denn es könnte sonst noch manches blühende Menschenleben ein trauriges Ende finden. Wie wir auf unserem Wege nach der Unglücksstelle bemerken konnten, machte der Erste Bürgermeister Herr Born mit seinen täglichen Frühbegleitern einen Spaziergang nach Kallhof. Wir begen die Hoffnung, daß unser Stadtoberhaupt die Unfallstelle besichtigt hat und bereit ist, die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Unglücksfälle zu treffen.

Danzig-Land.

Sozialdemokratischer und konservativer Terrorismus.
In Lehauerweide beschlossen unsere Parteigenossen, über den Kaufmann Hochdörfer aus Rassemark, der Vorstandsmittglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, den Boykott zu verhängen. Die Mitteilung dieses Beschlusses hat die Danziger Allgemeine Zeitung so in Wut versetzt, daß sie in ihrer Nummer 30 vom 5. Februar d. J. folgendermaßen über uns herfällt:

Der letzte Satz ist auch in der „Volkswacht“ durch Zeitdruck hervorgehoben, damit ja jeder Leser auf den Boykott aufmerksam gemacht wird. Die Sozialdemokratie hat sich so viel auf ihren Wahlspruch der Freiheit der Persönlichkeit zuante, eine solche Freiheit soll aber nur für die „Genossen“ gelten. Wer politisch anderer Ansicht ist als sie und das im öffentlichen Leben als ganzer Mann befragt, der wird verachtet und soll geschäftlich ruiniert werden. Es ist höchst bedauerlich, daß die Sozialdemokratie es überhaupt wagen darf, ungeniert und unverschämter das skrupellose verwerfliche Mittel des wirtschaftlichen Boykotts zu proklamieren. Sie fühlt sich annehmend schon ganz Herr im Staate. Die „Volkswacht“ sorgt für Verbreitung der Boykottklärung. Sie macht sich dadurch der direkten Geschäftsschädigung schuldig und, wenn Herr Hochdörfer einen Nachteil erleidet, weiß er, an wen er sich zu halten hat. Wir aber weisen die Behörden und besonders auch die Regierung auf diesen erneuten krassen Fall des größten und gemeingefährlichsten sozialdemokratischen Terrorismus hin. Es ergibt sich daraus nicht nur die dringende Notwendigkeit, mit allen verfügbaren gesetzlichen Maßnahmen gegen ihn vorzugehen, sondern es zeigt sich auch, daß ihre Verschärfung zur völligen Unmöglichkeit der Terrors der Unparteilichkeit unbedingt erforderlich ist. Schutz der ehrlichen Arbeit heißt es hier! Wirtschaftliche Freiheit, Ordnung und Recht müssen aufrecht erhalten werden und dürfen nicht von Elementen des Umsturzes, die sich an der Spitze des bestehenden Staates stellen, mit Füßen getreten werden. Wer redlich schafft und seine bürgerliche wie nationale Pflicht tut, der darf nicht vogelfrei sein!

Woju der Varn? Alle Wut der Allgemeinen ändert daran nichts, daß der Boykott vorläufig noch ein gesetzlich erlaubtes Kampfmittel ist, da der preussische Landtag glücklicherweise nicht über seine Zulässigkeit zu bestimmen hat. Der Versuch der Danziger Allgemeinen, uns den Herrn Hochdörfer auf den Hals zu hehen, wird darum ebenso vergeblich bleiben, als vor nahezu zwei Jahren das Unterfangen der gleichen Zeitung, dem Genossen Schöpper einen Hochverratsprozeß anzuhängen. Aus dem Teig wird kein Brot gebacken, verheerte Allgemeine. Zur Sache selber geben wir gerne zu, daß man über die Anwendung des Boykotts geteilter Meinung sein kann. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft greift zu diesem Mittel nur in Fällen, wo ihr kein anderer Ausweg bleibt. Auch unsere Genossen in Lehauerweide werden sicher ihre guten Gründe gehabt haben, als sie den Boykottbescheid gegen Hochdörfer fällten. Schon die Tatsache, daß Hochdörfer Vorstandsmitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, läßt ahnen, daß unsere Genossen sich ihm gegenüber in der Abwehr befanden, denn die Kampfweise der Reichsverbänder ist so bekannt, daß hierüber Ausführungen unnötig sind. Aber sonst ist man in den konservativen Kreisen über die Anwendung des Boykotts auch immer anderer Meinung. Während des letzten Reichstagswahlkampfes in Elbing-Marienburger erklärte z. B. der Wähler Hannemann in einer Versammlung in Gnojau:

Wir haben noch eine gewaltige Waffe in der Hand gegen die Genossen, die uns nicht folgen oder die Kandidatur des Herrn v. Oldenburg unterstehen wollen, und das ist der Boykott! Ich für meine Person werde diesen Boykott verhängen über diejenigen Kaufleute und Handwerker, die Herrn v. Oldenburg nicht wählen wollen.

In Marienburg hat kurz nach der Reichstagswahl im Jahre 1912 der Bund der Landwirte eine Vertrauensmännerziehung ab. In der letzten die Namen Oldenburgs die Wähler in den Klüben ein.

Erstens in sechs Wochen die den Wahlkreis für Herrn v. Oldenburg unterzeichneten sind, und zweitens in sechs Wochen die den Wahlkreis für Herrn v. Oldenburg unterzeichneten sind, und drittens in sechs Wochen die den Wahlkreis für Herrn v. Oldenburg unterzeichneten sind.

Stuhm-Marienwerder.

Rohe Surichen. Am Abend des 16. Oktober v. J. schleppten die Anarche Oze Geller und Paul Kunkel aus St.-Grabau das Dienstmädchen Luise Jahnke, das mit ihnen bei dem gleichen Behälter wohnt, in den See. Dort hoben sie dem Mädchen die Röcke über den Kopf und misgönnelten es mit Pferdehäufeln. Die Mißhandelte trug zahlreiche Striemen davon. Die Graudenzter Strafammer verhängte für diese

Roheit gegen jeden der Anarche vier Monate Gefängnis. Von der Untersuchungshaft wurden vier Wochen angerechnet.

Aus dem Zentralgefängnis in Stuhm brach der Strafgefangene Johann Worschewski aus. In Konradswalde überfiel der Flüchtling den Arbeiter Wlechowski und raubte ihm Weid und Papiere.

Graudenz-Strasburg.

Der drohende Verzehtreik in Graudenz ist durch das angetrufene Schiedsgericht beigelegt worden.

Schwetz.

Mandatsüberlegung. Der freikonservative Landrat v. Halem hat sein Mandat zum Reichstag niedergelegt. Dadurch ist er dem absolut sicheren Hinauswurf zuvorgekommen und hat auch verhindert, daß der ungeheuerliche Wahlschwindel, dem er sein Mandat verdankte, im Reichstag zur Ergreifung gelangen konnte. Herr v. Halem hat sein Mandat schon einmal niedergelegt im September 1912. Auch damals hatte die Wahlprüfungskommission das Mandat kassiert, weil nicht Halem, sondern in Wirklichkeit der Pole gewählt war. Bei der schleunigst vorgenommenen Ersatzwahl siegte v. Halem dadurch, daß ihm Hunderte polnischer Wähler einfach widerrechtlich aus den Wählerlisten strich. Der unternehmungs-lustige Landrat will nun zum dritten Male kandidieren. Wir sind neugierig, ob bei der freisinnigen Presse nun endlich das politische Reinklinkbedürfnis den Sieg über den Polen-haß davon tragen wird.

Thorn-Kulm-Briesen.

Der Herr Feldwebel. Der Feldwebel Hermann Engel von der zehnten Kompanie des 21. Infanterie-Regiments machte am 12. Januar eine Aneignung. Dabei ging er, der Danziger Zeitung zufolge, gegen 2 Uhr nachts mit dem Zivilisten Munkel in „aufgekrampfter“ Stimmung der Stadt zu. Bald war die nächtliche Straßenszene im Gange, die ihn heute vor das Kriegsgericht brachte. Zuerst rempelte Engel einige Zivilpersonen an und stieß sie vom Trottoir mit den Worten: „Einem preussischen Feldwebel geht man aus dem Wege.“ Dann folgte ein Zusammenstoß mit dem Sergeanten Kühne, der die Ehrenbezeugung unterlassen hatte. Da Kühne auf die wörtlichen Beleidigungen etwas erwiderte, so schlug ihm Engel zunächst mit der Faust ins Gesicht, das das Blut aufspritzte und machte dann auch von seinem Degen Gebrauch. Einige Zivilpersonen sahen sich veranlaßt, einzuschreiten. Da schlug Engel mit dem Degen nach einem gewissen Schulz. Der hieb aber erhielt eine Dame, die dazwischen gesprungen war. Da diese von dem Begleiter des Feldwebels Engel noch einen Schlag mit einem Gummischlauch auf den Kopf erhielt, brach sie ohnmächtig zusammen. Daraufhin eilte ein junger Mann zur nächstliegenden Wache und holte eine Patrouille. Diese forderte den Bizefeldwebel Engel auf, zur Feststellung seines Namens zur Wache zu kommen. Er ergriff die Flucht und suchte sich im Glacis zu verbergen, wurde aber eingeholt. Seiner Abführung widersetzte sich Engel aufs heftigste. Er erklärte, er wolle lieber totgeschossen werden, als zur Wache gehen. Die Patrouille mußte ihn förmlich zum Wachtlokal schleppen. Mit Rücksicht auf seine lange Dienstzeit sah das Kriegsgericht von der Degradation ab und verurteilte Engel wegen gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe, Gehorsamsverweigerung und Widersehung zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis.

Dtsch.-Krone.

In den Vorstand der Krankenkasse des Kreises Deutsch-Krone wurden gewählt seitens der Arbeitgeber: Fabrikbesitzer Th. Wegner-Jastrów, Fabrikbesitzer Moritz Litten-Jastrów, Mühlenbesitzer Karl Sasse-Sagamiel; seitens der Arbeitnehmer: Zigarrenarbeiter Albert Madüste-Jastrów, Geschäftsführer Florenz Treschau-Jastrów, Dreher Wilhelm Witte-Jastrów, Mühlenwerkführer Hermann Roman-Sagamiel, Schlosser Franz Jagnow-Markt, Friedland, Weichensteller Johann Nickel-Schloppe.

Bewerkschaftsbewegung.

Geschäftsgeheimnisse der Streikbrecheragenten.
Vor dem Schöffengericht in Wandsbek bei Hamburg standen sich am 29. Januar zwei bedeutende Vertreter des ehrjamen

Handwerks der Streikbrecherermittlung gegenüber. Adolf Hesberg aus Blankeneze trat als Zeuge gegen seinen früheren Angestellten Karl Meyer auf, der der Unterschlagung Hesbergischer Gelder beschuldigt ist. Meyer fährt in der Firma Lindenberg & Meyer das Geschäft der Auguste Müller in Wandsbek weiter. Meyer soll nach Hesbergs Beschuldigung beim Streikbruchgeschäft in Rotterdam und Gent über seine Verhältnisse gelebt und 1214 Mark unterschlagen haben. Meyer behauptet übrigens, daß Hesberg ihn erst von dem Augenblick mit Anschuldigungen und Haftbefehlen verfolgte, seit er in die Konkurrentenfirma Lindenberg & Meyer eingetreten sei.

Die Verhandlung ergab, daß die Art der Geschäftsführung bei Hesberg dem edlen Beruf der Streikbrecherermittlung durchaus angepaßt ist. Hesberg hat den Meyer auf Treu und Glauben (!) beauftragt, nach der Beendigung des Streiks in Wint von den Unternehmern 108 000 Frank einzuziehen und alle anderen Verbindlichkeiten zu lösen. Der Geschäftsführer Hesbergs, Ignaz Lukaszewicz, beklagte, daß Hesbergs Beauftragte mit Summen bis zu 400 000 Mark arbeiten. Bei der Abdienung der Streikbruchkosten soll Meyer sich dann zu seinen Gunsten um 1214 Mark verrechnet haben. Als Hesberg in der Verhandlung dem Meyer Fälschung vorwarf, wies Meyers Verteidiger auf Hesbergs Vorstrafen hin und verlangte zur Klarstellung der ganzen Angelegenheit die Vorlegung der Hesbergschen Bücher. Hesberg war das unangenehm, er protestierte erregt und meinte, man wolle ihn nur „bloßstellen“. Auch warf er Meyer vor, er habe ihn aus dem Dreck gezogen. Die Sache gewann nicht an Klarheit durch die Feststellung des Amtsanwalts, daß die in Frage stehenden addierten Endsummen geändert sind. Es wurde schließlich beschlossen, die Akten zur weiteren Vorbereitung an die Staatsanwaltschaft zurückzugeben zu lassen. Insbesondere soll ein Sachverständiger die Hesbergschen Bücher prüfen. Das Ergebnis der weiteren Verhandlung dürfte recht interessant werden.

Literatur.

Die naturwissenschaftliche und technische Bildung der breiten Massen, wozu auch ein großer Teil der gebildeten Kreise zu rechnen ist, liegt leider noch sehr im argen, obwohl das deutsche Volk seit dem großen Kriege allgemach vom Ackerbauvolk zum Industrievolk geworden ist. Der gewiß schönen Aufgabe, hier Wandel zu schaffen, will sich eine neue Zeitschrift „zur Verbreitung naturkundlichen und technischen Wissens“ unterziehen, die den Titel „Der Stein der Weisen“ trägt. Die uns vorliegenden zwei ersten Hefte lassen erkennen, daß die Leitung des Unternehmens es trefflich versteht, das Interesse für das Wissen der Natur und die moderne Technik, durch die der Mensch sich die Kräfte der Natur dienstbar gemacht hat, zu wecken und zu vertiefen. In einem einleitenden Aufsatz wird der geschichtliche Begriff des „Steins der Weisen“ und daraus logisch der Zweck der Zeitschrift entwickelt:

„Bildung ist die „Quintessenz“ für den Weg der immer höherer Kultur zustrebenden Menschheit, „Wissen ist Macht“. Darum haben wir unserer Zeitschrift den Namen „Der Stein der Weisen“ gegeben. Sie will ihren Lesern das Wissen der Natur in allen ihren Erscheinungen, namentlich auch in ihren Einflüssen auf die Entwicklung des vielgestaltigen und oft so seltsamen Völkerebens zeigen, und sie lehren, wie der Mensch sich diese Natur zu seinem Fortschritt dienstbar macht. Sie will ihnen aber auch die Augen öffnen für die Schönheiten der Natur und ihnen helfen, nicht nur materielle Gewinn zu sammeln, Schätze, welche die Motiven und der Rost fressen“, sondern auch Schätze fürs Gemüt. Kurz und gut, sie will mit ihnen den wahren Stein der Weisen suchen.“

Der weitere, reich mit Bildern geschmückte Inhalt der ersten Hefte hält, was dieses Programm verspricht. Wir finden darin u. a. folgende unterhaltend geschriebene Aufsätze angezeichneter Fachleute: Der Segen des Bergbaus Unser Nachbar, der Mond — Unser täglich Brot; Das Brot im Wandel der Zeiten — Die Eroberung der Luft — Die Eisenindustrie der Afrikaner — Von Galvano bis Telefunken — Vom Urwaldbaum zum Autoreifen — Tiere als Verstellungskünstler — Die Reklame im Pflanzenreich — Eisen und Stahl — Wenn der Urwald erwacht — Europäische Erdbeben in den Augen von Wilden — Die Matadoren der Metallindustrie der Erde — Wie alt werden die Tiere usw. Daneben einen spannenden Roman, der uns näher in den Begriff des „Steins der Weisen“ einführt: „Das Geheimnis des Magisters Leonardus, die Geschichte eines Goldmachers.“ Da das 24 Seiten starke, mit über 50 Bildern geschmückte Heft der im Atlasverlag W. m. b. H., Berlin S. 42 erscheinenden Zeitschrift nur 15 Pfennige kostet, so ist diese jedem zugänglich und namentlich der Familie als Quelle der Unterhaltung und Belehrung zu empfehlen.

Lichtstrahlen, monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von Julian Borchardt. Nr. 6, Februar 1914, hat folgenden Inhalt: 1. Weltentwende; 2. Krise und — Sonnenflecke; 3. Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus; 4. Lebensrechte; 5. Was ist Bildung? 6. Notizen.

Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennigen. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen, bei den Kolporturen der Partei- und Gewerkschaftspressen sowie beim Verlag, Berlin-Lichterfelde 3, Hedwigstraße 1.

Volks-Vorstellung

Sonntag, den 15. Februar 1914, nachmittags präzis 3 Uhr, im

Wilhelm-Theater.

Jahr 1. Fassung gefolgt:

Almenrausch und Edelweiß

Opernartiges Schauspielgemälde mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Dr. H. v. Sammler und Hans Meiert

Auftreten der Tegernseer Virtuosen.

Der Preis der Plätze beträgt auf allen Plätzen im Vorverkauf je 50 Pfennig.

Die Plätze sind zu haben in der Buchhandlung Volks-wacht, Paradiesgasse 32, bei Sellin, Zigarrengeschäft, Schönefeldamm 56, den Gewerkschaftsbureaus Dominikswall 8, Schönefeldamm 11 und Breitzgasse 74.

Jährliche Beteiligung erwünscht:

Der Arbeiter-Bildungsausschuß.

J. W. Julius Sehl.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Weichsel-Königin

Seife

besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.

507] Ueberall erhältlich.
J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Kenkel's

Wisch-Soda

für den Hausputz

675]

Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15.

Neues Programm!

Darunter

ein Hauptschlager

und herrliche Dramen sowie Humoresken.

Jeweils Bild ein Schlager!

880] Die Direktion.

demokratischen Landtagsfraktion. Ferner sind im Rathhaus abgegeben worden durch E. Sch. 5000 Mark von einem ungenannt sein wollenen Unternehmer.

Der Hilfsrat ist gut gemeint und zeugt von besserer Gesinnung, als sie zum Beispiel die kommunalen Machthaber in der Hallischen Stadtverwaltung offenbaren. Aber eine solche Hilfsaktion ist nicht das Ideal einer Fürsorge, das einer so gut organisierten und reichen Gesellschaft würdig wäre. Wir müssen grundsätzlich eine Arbeitslosenversicherung fordern, die die arbeitenden Klassen vor Arbeitslosigkeit und Opfern sicher stellen. Doch sich das leicht ermöglichen läßt, ist bereits durch Beispiele erwiesen. Nur hat die Arbeiterklasse noch nicht die Macht, die Widerstände der besitzenden Klasse gegen eine allgemeine Arbeitslosenversicherung zu überwinden.

Die Ausbeutung der Bordellprostituierten.

In Nürnberg ist die Prostitution kaserniert, angeblich aus sittlichen und sanitären Gründen, in Wirklichkeit aber zur besseren Bequemlichkeit der Polizei, denn die Geschlechtskrankheiten sind dabei nicht geringer verbreitet als andernorts, und wenn man von sittlichen Gefahren sprechen will, so sind solche bei den Bordellen, die alle Welt kennt, wohl viel größer als bei der geheimen Prostitution. Dafür sind aber die Bordellprostituierten der schrankenlosesten Ausbeutung überliefert, wie aus den „Mietverträgen“ hervorgeht, die sie mit den Bordellinhabern abschließen müssen. Hier das Beispiel eines solchen Vertrages:

Mietvertrag.

Frau Anna Pfister, Besitzerin des Hauses Spittlerformauer 44, nimmt die Dirne . . . in ihrem Hause auf. Sie räumt ihr insbesondere ein möbliertes Zimmer mit Bett ein und gewährt ihr Kost, die Bettwäsche, die Beheizung, Beleuchtung, alles in vollständiger ausreichender Weise. Hierfür hat die Mieterin an Frau Anna Pfister täglich einen Preis von 12 Mark (in Worten zwölf Mark) pünktlich zu entrichten.

Zwölf Mark muß also die Prostituierte mit ihrem traurigen Gewerbe täglich verdienen, nur um die „Bermieterin“ zu befriedigen. Zwölf Mark pro Tag — das sind im Jahre 4380 Mark von einer einzigen „Dirne“. Man sieht, die polizeilich geregelte Prostitution ist ein sehr einträgliches Geschäft für die — „Bermieterin“.

Von den ehrbaren Steuermoglern. Aus Frankfurt am Main wird gemeldet, daß infolge des Generalparabons 300 Millionen Mark Vermögen mehr ans Tageslicht gekommen sind als wie bisher. Allein bei der Vermögenssteuer haben also die schwerreichen Frankfurter 300 Millionen vor dem Steuerempfänger zu verstecken gewußt. Da es ähnlich so bei der Einkommensteuer der Reichen wird, so sieht man wieder, wie die Reichen den Staat betrügen. Die Arbeiter jedoch werden bis zum letzten Pfennig ihres Einkommens versteuert, da ja bekanntlich die Pflicht der „Arbeitgeber“ besteht, den Steuerbehörden den Lohn des Arbeiters anzugeben.

Auch der festsprechende Richter wird befördert. Der Vorsitzende des Straßburger Militärgerichts, das die Zaberner Offiziere freisprach, Generalmajor von Pelet-Marbonne, ist mit der Führung der Garde-Kavalleriedivision beauftragt worden. Das bedeutet eine außergewöhnliche Bevorzugung dieses Offiziers, der demnächst auch zum Generalleutnant befördert werden dürfte. General von Pelet-Marbonne hat bekanntlich unmittelbar nach der Fällung des Urteils den Freispruch dem Berliner Polizeipräsidenten von Jagow und dem Herrn von Oldenburg-Januschau gemeldet.

Neue Lebensmittelzölle. Das preussische Landesökonomikollégium, die amtliche Organisation der Agrarier, sah nach längerer Erörterung den Beschluß, den Landwirtschaftsminister zu ersuchen, für einen ausreichenden Zollschutz der Gärtnereiprodukte Sorge zu tragen. Der Beschluß wurde in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den gärtnerischen Fachverbänden gefaßt. Weiter wurde über die Frage beraten, ob es möglich sei, ein Verbot des Betretens der Waldwege zu veranlassen. In einer Resolution wird der Landwirtschaftsminister gebeten, eine Klärung der Rechtsfrage herbeizuführen.

Ausland.

Schweden.

Demonstrationen. Der schwedische Bauernbund veranstaltete in Stockholm eine große patriotische Demonstration zugunsten des neuen militärischen Kurzes. Dreißig Extradzüge brachten die etwa 30 000 Teilnehmer von nah und fern. Eine Deputation erschien im Schloßhofe. Der Vorsitzende überreichte dem König die Petition des Bauernbundes und gab Erklärungen ab, daß die schwedischen Bauern gewillt seien, alle Lasten willig zu tragen, die ihnen durch die Vergrößerung der Wehrmacht auferlegt würden. Sie betrachteten es nicht nur als Gutschuld dem Vaterlande gegenüber, sondern auch als Blutschuld, alles zu tun, um das Land gegen jeden Angriff zu sichern. Den Schluß bildete die Desfiliercour der gesamten Teilnehmer im Ehrensaal des königlichen Schlosses.

Zur selben Zeit veranstaltete die Stockholmer Arbeiterschaft machtvolle Demonstrationsversammlungen. Die Protestresolutionen gipfelten in der demokratischen und republikanischen Forderung: Niemand über und niemand neben der Volksvertretung!

Peru.

Ein Staatsstreik. Der Präsident der südamerikanischen Republik Peru, Dr. Guillermo Billinghurst, wurde im Regierungspalast in Lima von revolutionierenden Truppen unter Führung von Oberst Benavides nach kurzem Kampf gefangen genommen. Der Premier- und Kriegsminister General Barea wurde im Verlauf des kurzen Gefechts getötet. Dr. Augusto Durand, ein früherer Rebellenführer, zog darauf in den Regierungspalast ein und wird wahrscheinlich die neue Regierung bilden. Der Angriff begann um 4 Uhr morgens. Die Bürger, die durch das Schießen herbeigelockt worden waren, wurden von den Soldaten durch blinde Gewehrsalven an Zusammenrottungen verhindert. Eine Zeitlang herrschte die größte Beforgnis unter der Bevölkerung. Später legte sich die Aufregung, die geschlossenen Läden wurden wieder geöffnet und die Straßenbahnen nahmen den unterbrochenen Verkehr wieder auf. Wie noch weiter gemeldet wird, wurde Präsident Billinghurst als Gefangener nach Callao gebracht, um von dort außer Land geschafft zu werden.

Kleine politische Nachrichten.

Wieviele sind hingemordet? Amtlich wird gemeldet: Die Strafexpedition gegen den Häuptling Gabola von Neuko, in dessen Dorf am 12. Oktober Oberleutnant v. Raven getötet und Bezirksrichter Seger verwundet worden war, ist beendet. Der Häuptling ist, nachdem die Schutztruppe, unterstützt durch eine Abteilung der Polizeitruppe unter Hauptmann v. Puttkamer, am 18. Dezember sein Hauptdorf eroberte, geflohen. Durch sofortige Aufnahme der Verfolgung ist es gelungen, die Macht des unbeherrschten Häuptlings vollständig zu brechen. Die Mörder des Oberleutnants v. Raven sind gefallen. Alle Häuptlinge, die sich im Vertrauen auf die Macht des Häuptlings Gabola und ermutigt durch den Tod des Oberleutnants von Raven der Aufstandsbewegung angeschlossen haben, haben um Frieden gebeten.

Die deutsche Reichsbank ermäßigte ihren Diskontsatz von 4 1/2 auf 4 Prozent und den Lombardzinsfuß von 5 1/2 auf 5 Prozent.

Ostmarkengermanisation zugunsten der preussischen Junker. Die Ansiedlungscommission kaufte vom Fürsten v. Thurn und Taxis die im Kreise Arotolich gelegenen Herrschaften und Güter Margaretenhof, Sagenhof, Theresienhof, Schäferhof, Neuworwau und Niederbau in Gesamtgröße von 6000 Morgen für drei Millionen Mark. Die Güter sollen aufgeteilt und besiedelt werden.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Gegen das Krankenrecht der Dienstboten

macht unausgesetzt der angeblich für allgemeine weibliche Kulturziele arbeitende Verein Frauenwohl scharf. Sonst hört man nicht zu viel von der Suppenküchenweisheit des Vereins und seiner Leiterinnen. Die Gefindeordnung ist ihnen kein Dorn im Auge. Darin sehen diese freisinnigen Damenrechtlerinnen keine Entwürdigung ihrer arbeitenden weiblichen Mitgeschwestern, wie es so schön heißt, wenn man Arbeiterinnen und Dienstboten mit der Harmonie der gleichen Interessen betören will. Seit aber die Empörung der Damen über die Vermöhnung des „Gefindes“ durch die neue Gesetzgebung locht, schürt und organisiert der Verein diese überaus bezweckende Entrüstung der vorgeblich Gebildeten und sogar Gefühlpollen sehr eifrig. Der Gedanke ist für die Damen zu entschuldigend, daß „das Mädchen“ als Kranke nicht mehr der Willkür der „Gnädigsten“ überlassen bleiben, sondern die Fürsorge der Krankenkasse erhalten soll. Dann würde ja die unabhängige Krankenkassendirektorin ihre Besuche machen und die Läden sehen, die die Mädchen nach überlanger Arbeit als Wohn- und Schlafräume angewiesen erhalten. Die Feststellung der Wahrheit über das Gefindeend fürchten die frei- und feinsinnigen „Damen“ und deshalb der zornige Protest gegen die „unpraktische Neuerung“. Daher auch die „humane“ Forderung, die Dienstboten unter allen Umständen in die Krankenhäuser zu zwingen und diese so aus Heilstätten zu Anstalten gesindemäßiger Freiheitsberaubung zu machen. Deshalb auch der Eifer des — um in seinen eigenen Worten zu reden — unsozial „behenden“ Stadtrats Dumont, der die Dienstboten sogar in der Stadt in Landstrassen zwingen will, um sie jedes Einflusses auf die Verwaltung zu berauben und sie, aus Versicherten, zu Fürsorgezöglingen zu machen.

Am 29. Januar hielt der Verein Frauenwohl hauptsächlich zur „Aufklärung“ über die Krankenversicherung schon die dritte Versammlung, aber nur für Hausfrauen, ab. Die Vorsitzende, Fräulein Marie Meyer, referierte in den verschlungenen Irrpfaden bürgerlicher Hilflosigkeit unter dem Titel Hausfrauenpflichten und Hausfrauen sorgen hauptsächlich auch wieder über die böse Krankenversicherung der Dienstboten. Dabei kam die Dame auch auf die Organisation der Dienstboten zu sprechen. Der Zentrumsverein, der diesem Zwecke dient, ist für ihre liberale Weitsichtigkeit nicht politisch, sondern einfach — christlich! Dafür hat sie jedoch die graufige Entbedung gemacht, daß der freigewerkschaftliche Verband der Hausangeestellten die „einzig politische Dienstbotenorganisation“ ist. Er zeige nicht gerade sozialdemokratische Tendenzen, werde aber doch in sozialdemokratischem Geiste beeinflusst. Gegenüber dieser „Einsicht“ zeigte sich die Referentin leidlich verständlich, als sie meinte, der Anschluß an solche Organisationen bedeute keineswegs eine Auflehnung gegen die Autorität der Hausfrau. Im Gegenteil erziehe die Organisation Menschen, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewußt würden. Sie fügte aber sofort sehr deutlich hinzu: Die Abneigung „der Hausfrauen gegen den sozialdemokratischen“ Verband sei begründlich, so lange dieser einseitig die Rechte der Angestellten vertritt! Den philisterrhaften Bedenkengang, der so nebenbei sehr deutlich mit der Terrorismuspeitsche droht, kann der dümmste Krautjunker zusammenbrauen, der keinen Schimmer von freisinniger Damenrechterei hat. Es mußte humoristisch wirken, daß die Rednerin nach solchen Leistungen mit der Versicherung schloß, daß „die Frauenbewegung“ sich für Arbeit, Freiheit und Recht einsetze!

Herr Dr. Schmitz, der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse, erläuterte die neue Krankenversicherung und illustrierte die freiherrlichen Löhne der Referentin sehr gut durch den Nachweis, daß die Gegnerschaft der Krankenversicherung teils der Unkenntnis und veralteten Vorurteilen entspringt. Er teilte ferner mit, daß der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Befreiung eines Dienstboten den Nachweis genügenden Einkommens, etwa 5000 Mark pro Jahr, des Arbeitgebers und eine Kautions von 500 bis 600 Mark fordere. Deshalb seien schon viele Befreiungsanträge zurückgezogen.

Schon die Referentin hatte energisch dafür Stimmung gemacht, daß die Arbeitgeber die Beiträge zur Krankenkasse von den Dienstboten unbedingt selbst bezahlen ließen. Um die große Aktion würdig abzuschließen, beantragte Fräulein Leidig, daß die schlecht besuchte Versammlung diesen Entschluß in einer Resolution niederlegen solle. Und so geschah es auch, einstimmig sogar.

Wir haben diesen Beschluß nicht zu bereuen. Er wird in seiner Durchführung die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Hausangestellten prächtig erleichtern. Jetzt werden die Dienstboten über die Güte der „Herrschaften“ nachdenken und dann sehr viel leichter als bisher für ihre einzige Interessvertretung, den Zentralverband der Hausangestellten, zu gewinnen sein. Auskunft über ihn und die Eintrittsbedingungen wird von der Genossin Käthe Leu, Jakobswall 23, und im Arbeitersekretariat, Schlüsselmann Nr. 56, erteilt.

Nahrungsmittelfällungen in Danzig.

Im Jahre 1913 ließ die Polizei in Danzig 244 Proben von Nahrungsmitteln — Milch, Butter, Fleisch, Wurst, Rucherfische, Bier, Branntwein, Wein, Kaffee, Marzipan — untersuchen.

Geriichtlich bestraft sind nach den Mitteilungen der Polizei im verfloffenen Jahre: 23 Personen wegen Zuwiderhandlung gegen die Milchpolizeiverordnung 4 Personen wegen Wässerung bezw. Entrahmung der Milch, 1 Fleischer wegen Verkaufs von verdorbenem Speck, 1 Fleischer wegen Verkaufs von Klopsfleisch, welchem Salpeter und Salz zugesetzt war, 1 Fleischer wegen Verkaufs von Zerlehung bezw. zerhacktem Klopsfleisch, 3 Fleischer wegen Verkaufs von Fleischwurst mit Mehlsatz, 1 Fleischer wegen Verkaufs von Würstchen mit gefärbten Würstchen, 5 Personen wegen Verkaufs von Essig, in dem sich Essigsäure befanden, 1 Händlerin wegen Verkaufs von verdorbenen Büdingen, 1 Person wegen Verkaufs von verdorbenen Büdingen, 1 Person wegen Verkaufs von Olivenöl, welches fremde Pflanzenteile enthielt, 1 Person wegen Verkaufs von verälschtem Marzipan, 1 Person wegen Verkaufs von verschimmeltem Brot.

Von den 18 untersuchten Marzipanproben waren nur drei einwandfrei.

Russisches Fleisch.

Wenn es nicht gar zu ernst wäre, könnte man über die Art, wie unsere liberale Stadtverwaltung die Massnahmen der Einfuhrung des russischen Fleisches behandelt, bald eine Komödie schreiben. Die Witterung und die Preise waren von Anfang an die tabellosen wichtigen Gründe, aus denen die Stadt das billige

Fleisch beim besten Willen nicht einführen konnte und es dann auf unser Drängen schließlich doch wieder tat.

Auch nach dem 1. Januar dieses Jahres sind zweimal größere Mengen dieses Fleisches zum Verkauf gekommen. Von den Einrichtungen, die wir mehrfach zur Erleichterung des Verkaufes gefordert haben, ist aber keine einzige eingeführt, obwohl diese Gelegenheit zum Dezernat des sozialpolitischen Richter-Bürgermeisters Dr. Ball gebietet. Dazu kommt, daß die Arbeitslosigkeit steigt. Viele arme Leute haben beim besten Willen nicht mehr die Möglichkeit, das billigere Fleisch zu kaufen. Sie müssen ihr Leben, so gut es geht, in anderer Weise fristen. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn die letzte Sendung nicht so schnell wie früher abgefeht werden konnte. Ein Rest mußte eingelagert und auf dem Schlachthof verkauft werden.

Eine einigermaßen sozialpolitisch geleitete Stadtverwaltung hätte sich unter solchen Umständen die Frage vorlegen müssen, ob nicht die Herabsetzung des Preises geboten sei, damit der Nahrungsstand der Armen nicht zu ungünstig werde. Solche Subventionen sind jedoch dem volksfeindlichen Kommunalfreisinn und seinen schwarzblauer Verbündeten gauenhaft. Sie können nur viele Hunderttausende für die Kinder der Reichsten als Schulliebesgabe gewähren. Für die Armen kann ja Gott sorgen.

Somit ist ein hoher Magistrat, wie die Neuesten Nachrichten zustimmend mitteilen, zu der weisen Erkenntnis gekommen, daß das russische Fleisch deshalb nicht verkauft werden konnte, weil die Preise durch die vielen wegen der Seuchengefahr geschlachteten inländischen Schweine so gewichen seien, daß inländisches Fleisch teilweise billiger als russisches sei. Inzwischen sei auch das Wetter wärmer geworden. Deshalb werde sich die Stadt weiteren Bestellungen gegenüber abwartend verhalten. Das Fuchsbild bemerkte dazu noch treffsinnig, daß die Erlaubnis zur Einfuhr auch nur bis zum 1. April erteilt sei.

Also wieder das alte bekannte Lied: Wegen der Witterung und der Preise und auch deshalb, weil die Erlaubnis nur bis zum 1. April gilt, will die Stadt schon anfangs Februar gar nichts mehr tun.

Der Streik.

Aufführung des Dramas des Bürgermeisters Dr. Bail im königlichen Schauspielhaus am 6. Februar.

Nun hat das Drama des Bürgermeisters mit dem anregenden Titel die erste Feuerprobe der Bühne hinter sich. Und eins steht schon fest, lange wird es sich nicht im Rampenlicht erhalten. Auch unsere letzte Hoffnung, daß sich Der Streik auf der Bühne günstiger als im Buch geben würde, ist nicht erfüllt. Die Schauspieler, die man wegen der ihnen zugeworfenen unmöglichen Aufgaben von ganzem Herzen bedauern mußte, gaben durchweg ihr Bestes. Die Darstellung bot in dieser Hinsicht sogar Ausgezeichnetes. Aber gerade diese sehr gute Darstellung wurde dem absolut verständnislos geschriebenen Stück gefährlich.

Es will gewiß sehr viel sagen, wenn selbst ein Blatt wie das Westpreussische Volksblatt gegen die Arbeiter und Führer, die der Bürgermeister auf die Bühne stellte, protestiert. Einen charakterfesten Arbeiter muß Dr. Bail wohl noch niemals gesehen haben. Von der Aufopferung und der Solidarität der Arbeiter hat er keine Ahnung. Er weiß nicht einmal, daß die Proletarier in ihren Organisationen selbständig bestimmen, was sie tun wollen. Wäre die deutsche Arbeiterklasse tatsächlich so, wie Bail sie sieht, dann gäbe es überhaupt keine deutsche Kultur. Er glaubt offensichtlich nicht einmal daran, daß die sozialistische Ueberzeugung tief im Innersten der Proletarierherzen festeste verankert ist. Sonst könnte er die Arbeiter unmöglich als Marionetten in der Hand gewissenloser Demagogen schildern. Wir wiederholen, auch nicht ein einziger anständiger Kerl erscheint unter den Arbeitern auf der Bühne. Sogar der ganz alte Witz lebt wieder auf, ein eifriger Sozialdemokrat, der ehrlich für den Krieg schwärmt! Der Arbeiterführer Bertung erscheint gar wie ein verbummelter Zigarettenraucher, der seine Genossen ungefähr so, wie sonst schlechte Käufer behandelt.

Das alles konnte Bail schreiben und auf die Schichau-Werft verlegen, obwohl er den zwanzigjährigen Heldenkampf der Schichauarbeiter aus nächster Nähe gesehen hat. Er weiß genau, daß die Gewerkschaften die Arbeiter nicht verrieten, sondern ihnen bis zur letzten Minute treu zur Seite standen. Er weiß, daß kein Führer die Arbeiter feige im Stich ließ. Trotzdem schrieb er von alledem das genaue Gegenteil! Auch der weisfremdeste Bürgermeister muß wissen, daß in der deutschen Arbeiterbewegung kein Raum für anarchistische Gewalttätigkeiten ist. Bail aber läßt sogar den gezeigten Arbeiterführer Heidin g, den seine Genossen schnöde verließen, in der Verzeihung ein absolut kindisches Dynamitattentat begehen. Dann muß er sich deshalb auch noch erkühen.

Die Fülle der Unwahrscheinlichkeiten, Schiefheiten und Unmöglichkeiten ersticht die wenigen guten Stellen des Stückes vollständig.

Noch einmal: Unser tiefstes Bedauern den Künstlern, die durchweg ihr bestes Können einsetzten.

Auch der Oberregisseur Haag, der das Stück für seine Befähigung gewählt hatte, dürfte kaum sehr zufrieden sein. Die pompöse Arbeiterkolonie, die eher einem herrschaftlichen Villenortel ähnelte, war ungefähr eben so echt, wie die „Arbeiter“ des Stückes. In den Schichauschen Koloniehäusern hatte man doch naturgetreue Modelle, die man einfach kopieren konnte. Warum mußte denn sogar hierbei die Wahrheit korrigiert werden?

Das Theater war einigermaßen gut besetzt. Arbeiter sah man sehr wenig. Besonders gefüllt waren die besseren Plätze. Sogar der Oberbürgermeister, ein seltener Gast in diesem Hause, war erschienen, aber nur im Glanz der Rebellenwürde des Herrenhäuslers und nicht im Schmutz der goldenen Amtskette. Der Beifall war selbst bei diesem zum großen Teile dem Bürgermeister zum Gefallen gekommenen Publikum mäßig. Trotzdem marschierte Bail am Schluß glückstrahlend etwa viermal über die Bühne. Selbst das deutsche Publikum hielt ihn davon nicht ab.

Die bürgerlichen Blätter suchen das Stück tiefinnig zu erklären. Die Neuesten Nachrichten machen dabei sogar die glorreiche Entdeckung, daß „die Menschheit einst begonnen habe, die Arbeit in die Norm bestimmter Produktionsbedingungen zu zwingen“. Bekanntermaßen hat die arme Menschheit sich dieses grausame Vergnügen sparen können, weil sie hier eben selbst von den Produktionsbedingungen in bestimmte Normen gezwängt wurde und noch wird. Andersfalls würde die Arbeiterchaft die kapitalistische Sklaverei überhaupt nicht zu erdulden haben.

Die Danziger Zeitung meint, daß Bail ohne Zweifel — was wir auch bei unserer ersten Besprechung voraussetzten — Sympathien für das Los der Arbeiter habe. Mit Bezug auf unsere Kritik stellt sie dazu fest, daß er sich dadurch den Dank der sozialdemokratischen Partei aber doch nicht erworben habe. Was sie zum Beweise dafür aus unserem Artikel anführt, ist sehr unzulänglich.

Bedeutamer scheint uns die Tatsache, daß die Zeitung die in dem gleichen Artikel von uns hervorgehobene Tatsache, daß das Stadttheater der Arbeiterchaft verweigert wird, mit keinem Wort erwähnt. Es ist unheimlich bezeichnend, daß das freisinnige Blatt selbst zu diesem Theater-Bankrott nichts zu sagen weiß, sondern ihn stillschweigend beschönigt!

